

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., postfrei. Ausland-Kaufschilling, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Weidestraße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtdruck: Dezember 2020, 2645, 4516 4602, 4635, 4649, 4822.

# Freiheit

## Berliner Organ

## der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Hoffnung der Entente

#### General Wrangel als Retter

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 11. August.

In der „Pravda“ spricht Meshischewskij über die Vernichtung der polnischen Magnatenherrschaft und weist auf die Hauptursachen des russischen Erfolges hin. Den Sieg verdanke das russische Volk in erster Linie dem Enthusiasmus im Kampfe gegen den niederträchtigen Ueberfall der polnischen Magnaten. Die Zahl an Kommunisten, die das Zentral-Komitee der Partei stellen mußte, wurde sehr rasch erreicht, ja es meldeten sich sogar anderthalbmal mehr Freiwillige, als die erforderlichen 100 000 Mann.

Meshischewskij weist dann auf die große vom Süden her drohende Gefahr durch den General Wrangel hin. Dieser habe die Tatsache ausgenutzt, daß alle Kräfte an die polnische Front geworfen waren. Mit Hilfe der Entente schuf er seine Armee, bewaffnete sie vorzüglich und machte einen Ausfall aus der Krim. Wrangel sei der allerreaktionärste von allen weißgardistischen Generälen. Er werde der „Chan“ der Krim genannt. Seine rechte Hand in den Verwaltungsangelegenheiten ist der frühere zaristische Minister Krivoschein, sein geistiger Führer der bekannte Führer der Reaktion Schulgin. Wrangel will die zaristische Selbstherrschaft, die Macht der Großgrundbesitzer, der Bourgeoisie und der Generale wiederherstellen. Er habe schon ein Geleß veröffentlicht, wonach das Land, das die Bauern sich nach der Oktoberrevolution angeeignet haben, den Großgrundbesitzern zurückgegeben werden soll. Eine große neue Gefahr schwebt über den russischen Arbeitern und Bauern. Deshalb sei zur Abwehr der Wrangelbanden derselbe Enthusiasmus und dieselbe Begeisterung notwendig wie beim Kampfe gegen die polnischen Magnaten.

„Ein Strom von kommunistischen Freiwilligen muß an die Südfrent“ — fährt Meshischewskij fort — „das Zentral-Komitee muß sofort eine genügende Anzahl von Kommunisten stellen. Die Arbeiter und Bauern müssen über Wrangel und seine Ziele sofort aufgeklärt werden. Wenn die Bauern und Arbeiter verstehen werden, worum es sich handelt, so erhalten wir von ihnen neue Freiwillige, die zusammen mit den Kommunisten die ganze Armee zu Heidenaten einstimmen werden. Dann wird Wrangel rasch und endgültig vernichtet sein.“

Die russische Regierung wendet sich gegen die Pressenachrichten, daß Brussilow Oberbefehlshaber an der polnischen Front sei. Die polnische Front zerfalle in zwei Armeegruppen, in eine westliche und eine südwestliche. Mit der Führung der südwestlichen Gruppe sei der 27-jährige ehemalige Leutnant der Jarenarmee, Genosse Tschatschewski, betraut. Die Führung im westlichen Abschnitt liege in den Händen des Genossen Segunow.

Paris, 11. August (Davas).

Die französische Regierung beschloß, angesichts der militärischen Erfolge, der festen Stellung der Regierung des Generals Wrangel und der erhaltenen Versicherungen bezüglich der demokratischen Form der Verwaltung als staatliche Regierung von Südrussland anzuerkennen. Ein französischer diplomatischer Vertreter wird nach Sebastopol mit dem Titel eines hohen Kommissars geschickt werden.

Die Entente wird mit General Wrangel denselben Reinsatz erleben, wie mit Koltisch, Denikin, Judenitsch und all den anderen zaristischen Verschworern. Pflicht der englischen und französischen Arbeiter wird es aber sein, die Transporte nach der Krim zur Unterstützung des Wrangel'schen Abenteurers zu unterbinden. Je schneller das Unternehmen zusammenbricht, desto eher wird in Europa der Friede eintreten.

### Die russischen Friedensbedingungen

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung teilen wir laut „Daily Herald“ den Wortlaut der von Lloyd George im Unterhause bekanntgegebenen russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen mit. Sie lauten:

Die polnische Armee darf in Zukunft kein höheres Jahreskontingent als 50 000 Mann haben. Der polnische Generalstab, sämtliche Offiziere und alle Verwaltungsbeamte dürfen zusammen höchstens 10 000 Mann stark sein. Die polnische Armee wird sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes demobilisiert.

Alle Waffen und Munition, die für die Armee nicht erforderlich sind, werden an Sowjetrußland und die Ukraine ausgeliefert. Die Waffen- und Munitionsindustrie wird sofort stillgelegt. Weder Waffen noch Kriegsmaterial darf aus dem Ausland nach Polen eingeführt werden.

Die Eisenbahn Wolowisk-Bialystok-Grzajewo wird Rußland zum Zwecke des Handelsaustausches von und nach der Ostsee zur Verfügung gestellt.

Die Familien aller in diesem Kriege verwundeten oder gefallenen Soldaten erhalten vom Staate Land.

Gleichzeitig mit der Demobilisierung des polnischen Heeres ziehen sich die russischen und ukrainischen Truppen aus Polen zurück. Die polnische Armee zieht sich 50 Werst hinter die in der Note Lord Curzons vom 20. Juli bezeichnete Waffenstillstandslinie zurück.

Die endgültige Grenze des zukünftigen unabhängigen polnischen

Staates wird ungefähr dieselbe sein, die in der gleichen Note festgelegt worden ist, jedoch soll Polen besonders im Osten neues Gebiet erhalten, hauptsächlich in der Gegend von Bialystok und Cholm.

### Die Lage

#### Leichte Entspannung in England

Amsterdam, 11. August.

Dem „Telegraaf“ zufolge sind die englischen Blätter in ihren Artikeln über die Rede Lloyd Georges optimistisch gestimmt. Sie nennen die russischen Friedensbedingungen zwar streng, halten sie aber für eine geeignete Grundlage, auf der ehrliche Friedensverhandlungen geführt werden könnten. Allgemein wird die Hoffnung ausgesprochen, daß eine Einigung zustande kommen möge und eine endgültige Regelung der europäischen Fragen an einem Konferenztisch, an dem die Alliierten, Rußland und die anderen Staaten ihre Plätze haben.

„Times“ lobt die Darlegung Lloyd Georges und nennt seine Verteidigung des Standpunktes der Alliierten offen und klar. Das Blatt gibt zu, daß Sowjetrußland das Recht habe, Bürgschaften zu verlangen, um gegen die Möglichkeit eines neuen polnischen Angriffes geschützt zu sein, fügt jedoch hinzu: Rußland hat aber kein Recht, das freie und unabhängige Polen von der Erde zu vertilgen.

### Lloyd George als Vermittler

Amsterdam, 11. August.

Nach Verlesung der bolschewistischen Friedensbedingungen im Unterhause bemerkte Lloyd George: Sofort nach Empfang der Bedingungen habe ich die Note Frankreich und Italien zur Kenntnis gebracht. Wir haben der polnischen Regierung unsere ersten Eindrücke mitgeteilt. Ich halte es aber nicht für angebracht, darüber hinaus weitere Bemerkungen zu machen, da dies bedeuten würde, daß wir der polnischen Regierung die Verhandlungen aus der Hand nehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine neue Lage entstanden ist.

Rotterdam, 11. August.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bei dem Empfang der Arbeiterabordnung durch Lloyd George wurde die Frage an ihm gerichtet, ob es eine Verletzung der von den russischen Delegierten übernommenen Verpflichtungen darstellen würde, wenn Kamenev Besprechungen mit der englischen Arbeiterabordnung über den polnischen Frieden, sowie Besprechungen mit polnischen Vertretern haben würde. Lloyd George wies darauf hin, daß Kamenev und Krassin nach London zugelassen seien, auf die bestimmte Versicherung hin, daß sie keine Propaganda treiben würden. Es würden deshalb Schwierigkeiten entstehen, wenn ihnen die Regierung nicht erlaube, sich mit politischen Parteien in Verbindung zu setzen. Die Russen würden vollständig als diplomatische Vertreter behandelt und solche Vertreter würden niemals daran denken, Vertreter einer politischen Partei des Landes, wo sie sich befinden, zu empfangen. Im übrigen erklärte Lloyd George, daß er den Wunsch der Deputation, für den Frieden zu wirken, zu würdigen wisse. Er sagte, er würde keine Bedenken dagegen haben, wenn die Abordnung ihre Ideen schriftlich zur Kenntnis Kamenevs brächte.

### Der russische Heeresbericht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 10. August.

Der russische Heeresbericht vom 10. meldet: In der Richtung Kowo-Georgiewsk erreichten wir nach hartnäckigen Kämpfen einige Ortschaften 10 Werst südlich von Madow. Beiderseits des Bug rücken unsere Truppen, den feindlichen Widerstand brechend, vor. Sie erreichten kämpfend eine Reihe von Ortschaften westlich des Bug. Am 9. August besetzten wir Biata. Wir kämpfen um den Besitz von Wlodawa. Im Abschnitt Konst überschritten wir den Bug an der Bahnstraße und kämpfen auf dem westlichen Ufer des Flusses. Nordwestlich von Brody warfen wir die Polen zur Ortschaft Radzjwillow zurück. Am Seereichthum kämpfen unsere Truppen um den Besitz der Stadt Butschajisch. Auf der ganzen Front finden für uns günstige Kämpfe statt.

### Miawa genommen!

Rönigsberg, 11. August.

Ueber die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz an der Grenze Ostpreußens wird hier berichtet: Miawa ist endgültig von den Bolschewisten genommen. Die Polen haben sich auf Soldau zurückgezogen, in dessen Umgebung sie Befestigungen ausheben.

### Finnland mobilisiert

Oslo, London, 11. August.

Daily-Telegraph meldet, daß die finnische Regierung die allgemeine Mobilisation angeordnet hat. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Wiborg und dem übrigen Teil des Landes ist abgedrückt. Wahrscheinlich wird diese Mobilisation nur bezwecken, für alle Gefahren gerüstet zu sein.

(Weitere Nachrichten siehe Seite 2.)

### Der Boykott gegen Ungarn

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den Beschluß gefaßt, den über Ungarn verhängten Boykott aufzuheben. Der Boykott setzte am 20. Juni ein und wird abgebrochen, ohne sein Ziel voll erreicht zu haben. Das offen auszusprechen, ist sehr wichtig. Der Boykott sollte das System des weißen Terrors stürzen und die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten für die ungarische Arbeiterklasse wiederherstellen. Seine Kraft genügt aber dazu nicht, hauptsächlich darum, weil der Boykott gewissenhaft und lückenlos nur von dem notleidenden Proletariat Deutsch-Osterreichs ausgeführt wurde, von den anderen Grenzländern Ungarns dagegen, vor allem der Tschechoslowakei, vom Proletariat wie von der Regierung, nicht mit diesem Nachdruck geführt wurde, der allein den Erfolg sicherstellen könnte. Während Oesterreichs und Wiens Proletariat tatsächlich jeden Verkehr unterbunden hat und die ganze Macht des ungarischen Gegenboykotts zu tragen hatte, was bei der darbdenden Wiener Bevölkerung ein Opfer ohnegleichen war, während die Wiener Arbeiterbevölkerung, um den ungarischen Brüdern zu helfen, auf billiges Obst und Gemüse freiwillig verzichtete und mit ihrer ganzen Macht die staatlichen Behörden dazu zwang, alles zu unterlassen, was eine Erleichterung für Ungarn bedeuten würde, konnte die ungarische Regierung ihren Nachrichtenverkehr über Prag und Preßburg besorgen und bei der in der Slowakei liegenden Grenzstation gingen unbehindert große Transporte von Grubenholz, Salz und Rotationspapier nach Ungarn, deren Ausbleiben innerhalb eines Monats die Terrorregierung zur Kapitulation gezwungen hätte. Die Entbehrungen der Wiener Bevölkerung, der Durchbruch des Boykotts in der Tschechoslowakei, welche nicht einmal dazu bewegen werden konnte, die nach Ungarn nicht gelieferte Kohle Wien zur Verfügung zu stellen, dessen Elektrizitätswerk seine Kohle aus dem auf ungarischem Boden liegenden Werk Zilingsdorf bezog und durch den Gegenboykott von seiner Kohle abgesperrt wurde, die ungeheure Hitze, die die ganze österreichische Horthypresse entfaltete, die Entmutigung, die durch das Gefühl der Vereinsamung die sich der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft bezüglich des Boykotts bemächtigte, ließen keine andere Lösung übrig, als den Boykott abzubrechen. Auch eine Erklärung des Obersten Wegdwood, der der Vorsitzende der nach Ungarn entsandten britischen „Arbeiterdelegation“ war und sich prinzipiell gegen den Boykott wandte, hat viel dazu beigetragen, um die Stimmung für die Einstellung des Boykotts herbeizuführen.

Wenn er sein Ziel nicht ganz erfüllen konnte, so wäre es trotzdem ein großer Irrtum anzunehmen, daß er wirkungslos war und daß der Boykott als eine Waffe der internationalen Politik des Proletariats nicht angewendet werden kann. Der Boykott hat Ungarn einen großen Schaden zugefügt und hat dazu beigetragen, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Zustände Ungarns gelenkt wurde. Es hat die häuerliche Bevölkerung durch die Sperrung der Obst- und Gemüseaufzufuhr und eine Senkung der Preise zu den leidtragenden des heutigen Systems gemacht, er hat sie belehrt, daß sie für die Kosten der Terroristenherrschaft aufzukommen haben. Das alles hat die politische Unzufriedenheit der Bauernschaft gegen das heutige System gestärkt. Der Boykott hat das Gefühl der Verlassenheit, der Vereinsamung der ungarischen Arbeiterschaft behoben. Er gab ihr das Gefühl, daß sie trotz ihrer heutigen Ohnmacht, ein Glied der Internationale der Arbeit ist und behob dadurch ihre Entmutigung. Die Arbeiter führen heute in Ungarn eine mutigere Sprache, als vor dem Boykott. Nach verlässlichen Berichten haben die freien Gewerkschaften sehr viele neue Mitglieder gewonnen und die christlichen Gewerkschaften haben infolge des Boykotts ihre spärlichen Mitglieder zum großen Teile eingebüßt. Wenn man noch in Betracht zieht, daß die Senkung der Preise hauptsächlich den Arbeitern zugute kam und diese auf Kosten der reaktionären Kreise herbeigeführte Verringerung ihrer Lage auch zur Hebung der Stimmung beitragen mußte, so kann man feststellen, daß das ungarische Proletariat bei dem Boykott nicht schlecht gefahren ist. Die terrorfeindlichen Kräfte in Ungarn haben durch den Boykott an Einfluß und Zuversicht gewonnen und wenn eine Hilfe von außen nicht kommt, dann ist nur mit einer allmählichen Hinüberleitung der blutigen Konterrevolution in gesetzlichen Bahnen zu rechnen und dann sind eben solche Teilerfolge auch von Wert. Diese Hilfe von außen hätte in einer von der Entente durchgeführten Entwaffnung des konterrevolutionären Militärs bestanden; die neueste Wendung der Ententepolitik, welche Ungarn als Vorkampf gegen die Sowjetmacht verwenden will, bedeutet aber keine Entwaffnung, sondern Aufrüstung des konterrevolutionären Ungarns. Die andere Art der Hilfe von außen sind die militärischen Kräfte der Sowjetrepublik. Wenn die nicht eingreifen können oder wollen, wird das Proletariat Ungarns noch lange das Joch der Konterrevolution tragen müssen, wenn auch eine allmähliche Ueberleitung in weniger blutige und vielleicht weniger grausame Methoden nicht ganz ausgeschlossen ist.

Das Proletariat hat zum ersten Male mit dem Boykott über Ungarn diese internationale Waffe angewendet. Es wäre weit verfehlt, aus dem Ausbleiben des vollen Erfolges den Schluss zu ziehen, daß diese Waffe unbrauchbar sei. Wie ein Streit, der an der ungenügenden Organisiertheit der Arbeiterschaft scheitert, nichts gegen die Waffe des Streiks aussagt, so ist die Lehre dieses ersten internationalen Boykotts vielmehr die, daß der Gebrauch dieser Waffe noch sehr vervollkommenet werden muß. Eine der Voraussetzungen ist die größere Stärke des internationalen Gefühls, eine stärkere Zusammenfassung der den Wirtschaftskrieg führenden Kräfte und eine bessere Vorbereitung, wie diesmal möglich war. Aber die verhältnismäßig kurze Dauer, denn ein Boykott muß, um alle seine Wirkungen entfalten zu können, monatlang dauern, hat auch gezeigt, daß diese Waffe sogar in dieser unvollkommenen Art und gegen ein Land angewendet, welches in dem Weltverkehr noch sehr wenig verflochten ist, denn Ungarn kam eigentlich aus dem Zustand der Blockade seit 1915 gar nicht hinaus, eine fürchterliche Waffe ist. Eben weil er eine der schärfsten Waffen in der Hand des Weltproletariats sein kann, wenn sein Gebrauch ausgebaut und vorbereitet ist, muß und kann man freimütig über diesen ersten Versuch sprechen und die nötigen Lehren daraus zu ziehen, wie er künftig mit einem durchschlagenderen Erfolge angewendet werden soll.

## Die deutsche Schuld am Misserfolg Herr Lindow und der Verbindungsmann

Wir geben die Wiener Meldung der „Roten Fahne“ wieder, worin gesagt wurde, die geringe und schlappe Beteiligung der deutschen Gewerkschaften trage die Schuld daran, daß der Boykott gegen Ungarn nicht zu einem durchgreifenden Erfolge führte. Wir fordern Erklärungen vom A. D. G. B., damit dieser Vorwurf nicht auf der deutschen Arbeiterschaft liegen bleibe. Jetzt wendet sich im „Vorwärts“ Karl Lindow vom Transportarbeiterverband zum Wort, um Dinge vorzutragen, die als eine Bestätigung der erhobenen Anklage wirken müßten, wenn für die Auslassung Lindows nicht der mildernde Umstand völliher Ungenauigkeit gelten müßte. Herr Lindow ist vom Überbruch der Bewegung über rascht worden. Die Amsterdamer Internationale habe den Boykott schlecht organisiert. Nach der Veröffentlichung des Aufrufes habe man nichts mehr aus Ansehen vernommen. Dann habe man in Deutschland — gewartet. Das heißt doch, daß man nichts getan hat. Lindow deutet an, daß man nicht gewußt habe, was man tun solle, weil man von Amsterdam keine Parolen bekommen habe. Auch über die Wirkung des Boykotts habe man kein Wort gehört. Da man in Deutschland zu gut zentralistisch diszipliniert sei, konnte man der Streikleitung in Amsterdam nicht vorgehen. Also konnte man keine selbständige Entschlüsse fassen. Zu allem übrigen Unglück sei auch noch der „internationale Verbindungsmann“ des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Genua gewesen. Und ohne ihn ging es nicht.

In solchen Plebereien gefällt sich Herr Lindow. Der Mann scheint sich der Bedeutung der ganzen Angelegenheit nicht bewußt zu sein. Die Arbeiterschaft Europas wartet auf Antwort auf die erhobene Anklage und der Mann trägt einen Schwanz vor, der eine Verhöhnung des gesamten Proletariats darstellt. Die Geständnisse des Herrn Lindow bedeuten, daß man im Deutschen Transportarbeiterverband den Aufruf von Amsterdam und die Aufforderung des A. D. G. B. zur Beteiligung der Deutschen am Boykott gehört hat, um dann die ganze Geschichte auf sich beruhen zu lassen. Das ist das Unerhörte, was wir von Bureaucraten mit unbeweglichem Sitzfleisch bisher vernommen haben. Die Arbeiterschaft Europas übernimmt einen Kampf gegen die schlimmste Reaktion, die je dagewesen ist, und der Deutsche Transportarbeiterverband tut so, als ginge ihn die ganze Sache nichts an. Weil der Verbindungsmann nicht da war und weil Herr Lindow und die Seinen nichts ohne strenge Anweisung der Streikleitung tun wollten! Da soll doch...! Aber wir wollen nicht heftig werden. Wir wollen hoffen, daß wir Herrn Lindow nicht erst zu neigen brauchen. Nachdem er aber selber das Belastungsmaterial gegen seine Organisation, die bei dem Boykott mit im Bordverzeihen hätten stehen müssen, ungemein vermehrt hat, fordern wir mit noch stärkerem Nachdruck eine sorgfältige Untersuchung des Falles durch den Gewerkschaftsband und eine befriedigende Aufklärung über die Angelegenheit.

## Die Gewerkschaften in Horthy-Ungarn

Die Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes veröffentlicht in der letzten Nummer ihrer „Wochenbeilage“ einen Auszug aus einem Bericht des zweiten Sekretärs der Ungarischen Gewerkschaftskommission, Genossen Kiraly. Genosse Kiraly gibt in dem ersten Teil seines Berichtes einen Überblick über die Entwicklung der ungarischen Gewerkschaften während des Krieges und der Revolutionsperiode. Ende 1917 betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter 100 000, sie veroppelte sich im Laufe des folgenden Jahres, erreichte während der Karolyi-Regierung eine halbe Million und schwoh drei Monate nach der Errichtung der Kábelikatur, Ende Juli 1919, auf fünf Millionen an. Nach dem Sturz der Kábelikatur löste die konterrevolutionäre Regierung fast sämtliche Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände auf. Im Oktober 1919 erschien eine Regierungsverordnung, die sämtliche nach dem 31. Oktober 1918 gegründeten Vereine und Gewerkschaften verbot und ihre Vermögen beschlagnahmte. Diesem Sturme der Gegenrevolution konnten nur die alten kampferprobten Arbeitergewerkschaften standhalten.

Die weißgardistischen Offiziere machten es sich zur Aufgabe, diese Gewerkschaften ebenfalls zu zerstören. Terroristische Offiziere wurden christlich-soziale Agenten, die den Boden der freien Gewerkschaften unterminieren wollten. Nachdem der Versuch, eine dem Horthyregime genehme Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, mißlungen war, wurden mit den Mitteln der brutalen Gewalt die Gewerkschaften zerstört. Alle Funktionen der Gewerkschaften, Verbandsekretäre sowie bekannte Vertrauensleute wurden zu Hunderten totgeschlagen, geprügelt, eingesperrt oder interniert. Nach einer Statistik der ungarischen Gewerkschaftszentrale liegen etwa 70 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre hinter Schloß und Riegel oder sind dem weißen Terror auf andere Weise zum Opfer gefallen. In der Provinz wurden fast alle Ortsgruppen und Zellen aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Bibliotheken verbrannt und die Lokale entweder demoliert oder zu irgendwelchen kirchlichen Zwecken verwanndt.

Da eine der ersten Handlungen der Konterrevolution, die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, das große Heer der Arbeitslosen dem Elend preisgab, mußten die Gewerkschaften durch außerordentliche Unterstellungen helfend eingreifen. Das hatte zur Folge, daß die Geldbestände aller Organisationen aufgebraucht wurden. Die Lage der Arbeiterschaft ist geradezu

zirklos geworden, wenn man bedenkt, daß in den einzelnen Industriestädten bis zu 50 Prozent Arbeitslose vorhanden sind.

Am Schluß seines Berichtes wendet sich Genosse Kiraly mit einem ergreifenden Hilferuf an das Proletariat der ganzen Welt und fordert für die schrecklich leidenden ungarischen Proletarier die geistige und materielle Hilfe der internationalen Arbeiterklasse.

Im Anschluß an seinen Bericht gibt Genosse Kiraly die Schilderungen eines Genossen wieder, dem es gelang, aus der ungarischen Folterkammer zu entkommen. Der Genosse zeigt an Hand von Einzelfällen, mit welcher furchtbaren Martern die Opfer der ungarischen Henker gepeinigt und zu Tode gequält werden. Viele dieser Opfer verfallen dem Wahnsinn. Mit allen möglichen Marterwerkzeugen, wie sie schrecklicher und grausamer im Zeitalter der Inquisition nicht angewandt wurden, arbeitet das „christliche“ Banditentum, um jede sozialistische Bewegung auszurotten. Das Ungarn, wie es heute ist, ist der Idealkaas der deutschen Reaktion geworden. Die Arbeiterklasse kann daraus ersehen, welches Los ihr blühen würde, wenn diese Gesellschaft bei uns aus Ruder fäme und als Alleinherrscher die Geschichte des Volkes bestimmen könnte.

## Glückliche Putschisten

Im sächsischen Bogiland hat letzter Woche der frühere Reichswirtschaftsminister Berger, der jetzt im Dienste einer Spitzelzentrale steht, einen sogenannten kommunistischen Putsch inszenieren wollen. Er hatte sich einige gedankensichere Arbeiter gedungen, sie mit Waffen versehen und wollte sie gen Chemnitz führen. Flugblätter mit gefälschtem Inhalt, Aufrufe zur Proklamierung des „roten“ Terrors, Organisationspläne für die Bildung einer „roten“ Armee hatte er in großen Massen anfertigen lassen. Seine militärischen Auftragsgeber erlebten aber einen bösen Reinsturz. Sie gedachten schon im Stillen mit Kanonen und Maschinengewehren eine praktische Schließung auf wehrlose Arbeiterveranstaltungen zu können, sie wollten das Vaterland wieder einmal vor dem „Amsturz“ retten, den sie selber zu provozieren gedachten — Da wurde der Schwindel entdekt, Berger in Haft gesetzt und Herr Seckl kam nicht in die Lage, billige Vorbeeren zu ernten.

Aber gemacht! Die schätzenswerte Kraft des Putschfabrikanten Berger durfte keinen schwarzweißen Auftragsgebern nicht verloren gehen. Wir haben in Deutschland eine sogenannte Justiz, die für Gerechtigkeit sorgt. Und so geschah es denn, daß das Gericht in Klingenthal, allwo der Leutnant Berger in Haft saß, kurzerhand seine Freilassung anordnete, ohne die sächsischen Regierung, die die Haft angeordnet hatte, zu befragen. Die Regierung, sichtlich betroffen, ob der Sabotage ihrer Richter, droht eine „strenge Untersuchung“ an. Dabei wird natürlich nichts herauskommen. Wohl aber wird Berger seine Tätigkeit von neuem aufnehmen. Er kann sich, sollte er wirklich verfolgt werden, eines falschen Namens bedienen, da ja die Reichswehr allen Spitzeln und Provokateuren, auch wenn sie, wie in Magdeburg, Zuhälter oder unter Polizeiaufsicht stehende Berufsverbrecher sind, die notwendigen Ausweise besorgt. Glückliche Putschisten!

## Der Internationale Gewerkschaftskongress

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsverbandes teilte in „Der Volk“ nähere Einzelheiten über den Kongress mit, der in der letzten Hälfte des November in Brüssel stattfinden soll. Mit Rücksicht auf die Wahlen in Amerika wird der Kongress nicht am 8., sondern am 23. November zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Verteilung der Kohlen für die Industrie. Die langsame Arbeit des Völkerverbundes in bezug auf den Wiederaufbau Europas wäre besonders durch eine bessere Verteilung der Steinkohle zu fördern. Außerdem ist eine bessere Regelung des Transportwesens zu Wasser und zu Lande notwendig. Daher wird der Kongress die Sozialisierung der Erzeugungsmittel und der Welttransportunternehmungen verlangen. Drittens wird der Kongress sich mit der Salustfrage beschäftigen, weil der niedrige Stand der Beschäftigten einer der Hauptfaktoren der Arbeitslosigkeit ist. In vierter Stelle wird die Verfolgung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern behandelt werden. In Griechenland, Spanien und teilweise auch in Italien und sogar in Frankreich wird die Arbeiterbewegung von neuem unterdrückt, weil die bestehende Klasse es bedauert, den Arbeitern keinen Lohn zu zahlen. Der internationale Gewerkschaftskongress wird sich daher mit einigen internationalen Bureaus verständigen, um Mittel zur Bekämpfung der Reaktion ausfindig zu machen. Zur Förderung der Sozialisierung der Betriebe im allgemeinen wird der Kongress ein Programm aufstellen, das für die sofortige Durchführung in Betracht kommen kann.

## Frankreich im Saargebiet

Frankfurt a. M., 11. August.  
Der Frankfurter Zeitung zufolge hat sich im Saargebiet die Lage durch die drakonischen Maßnahmen der Regierungskommission noch verschärft. Nachdem auch die Bergleute den Streik beschlossen haben, erwartet man nunmehr den Beginn des Generalkreuzes. Die Besatzungstruppen werden andauernd verstärkt. Die Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen werden fortgesetzt. Die „Saarbrücker Zeitung“, die „Saarbrücker Landeszeitung“, die „Volkstimme“, die „Völklinger Nachrichten“ und andere Zeitungen wurden für vier Wochen verboten. Fast alle Redaktionen wurden verhaftet. Die Verhaftung hofft, daß der Völkerverbund die jetzige Regierungskommission durch eine wirklich neutrale ersetzen werde, da die jetzige Kommission nur französische Annexionspolitik treibe.

Wien, 10. August.  
Die französische Besatzungsbehörde hat den streikenden Beamten anbehalten, Dienst zu tun. Alle Beamten, die sich weigern, sollen verhaftet und vor ein Kriegsgesicht gestellt werden. Viele sind süchtig. Die Arbeiter der Post, Telegraphie und Eisenbahn haben sich mit den übrigen Beamten solidarisch erklärt und sind in den Streik eingetreten. Durch das französische Militär werden weitere Verhaftungen vorgenommen. Es sollen verschiedentlich Mißhandlungen der Verhafteten vorgekommen sein.

## Kavallerie und Infanterie vor!

Mains, 11. August.  
Über den Streik im Saargebiet wird direkt aus Saarbrücken berichtet: Bisher ist die Stadt vollständig ruhig gewesen. Französische Besatzungstruppen durchziehen in großen Tausen und Panzerautos in großen Trupps mit Kavallerie, Infanterie und Maschinengewehren die Stadt. Die Eisenbahnen sind requiriert worden. Diejenigen, die nicht zum Dienst erschienen, wurden in ihrer Wohnung aufgefaßt, es wurden sehr wenige vorgefunden. Immerhin ist es den französischen Behörden gelungen, einige Kohlenzüge zusammenzustellen: auch die internationalen Expresszüge fahren. Der Post-, Telegraphen- und Telefonendienst ruht immer noch vollständig. Die Bergwerksbeamten, die Sonntag dem Streik beigetreten waren, kehrten Montag an ihre

Arbeitsstätten zurück. Im Laufe der Sonntags wurden verschiedentlich Verhaftungen in Verbindung mit dem angeblichen Komplott vorgenommen. Im Saargebiet erscheint nur noch die sozialdemokratische Volksstimme.

Das von Hoch regierte Frankreich kopiert im Saargebiet sehr schlecht und mit starker Ueberreizung die deutschen Herrschaftsmethoden in Elsass-Lothringen. Wenn die Herren Frankreichs glauben sollten, das Saargebiet in der fünfjährigen Besatzungsperiode abstimungsgreif zu machen, so dürfte ihnen ein dortselbst die gleiche wohlverdiente Enttäuschung blühen, die das wilhelminische Sabeldeutschland in Lothringen immer wieder erlebt hat.

## Dr. Wirth über die Finanzlage

St. Paris, 11. August.  
„Journal“ bringt eine Unterredung mit Finanzminister Dr. Wirth, der sich ausführlich über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Haltung der deutschen Arbeiterschaft in bezug auf die bevorstehende Genfer Konferenz äußerte. Er sagte, die deutsche Regierung habe klare Beweise dafür gegeben, daß sie wünsche, den Friedensvertrag auszuführen und Zahlungen für die Wiedergutmachung im Bereiche der Möglichkeit zu leisten. Er wies gleichzeitig auf das bedeutende Defizit der deutschen Landwirtschaft und in der brachliegenden Industrie hin, die heute ihrer beiden Grundpfeiler der Kohle und des Eisens, beraubt sei. Der Versailles Vertrag verpflichte Deutschland finanziell zur Zahlung von 20 Milliarden Goldmark ab 1. Mai 1921. Die deutschen Vertreter würden in Genf nachweisen, daß diese Summe bereits durch den Wert der Gruben des Saargebietes, der ausgelieferten Schiffe, des Eisenbahnmaterials und der Kohlenlieferungen erreicht sei.

Auf die Frage, welches Angebot die deutschen Vertreter in Genf machen würden, erklärte Minister Dr. Wirth, wenn die Lage sich nicht bedeutend geändert haben werde, könne deutschereits kein ehrliches Anerbieten vorgelegt werden. Die Durchführung des Friedensvertrages in der gegenwärtigen Form hätte zur Folge, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung 1000 Goldmark oder nach dem heutigen Stand der Wechselkurse 10 000 M. entfielen, so daß beispielsweise eine vierköpfige Familie in Deutschland bei einem sechszehnjährigen Zinsfuß mit Einschluß der Steuer jährlich 4400 M. Zinsen zur Amortisierung zahlen müßte. Die Durchführung des Vertrages würden den Bankrott Deutschlands bedeuten, ebenso aber auch den Sturz Frankreichs herbeiführen. Deutschland wolle wiedergutmachen, aber um ihm dies zu ermöglichen, dürfe es nicht zum Ruin geführt werden.

## Internationale Solidarität

Der „Populaire“, das linkssozialistische französische Parteiorgan, veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer folgenden Aufruf der französischen sozialistischen Partei:

Die Ständige Verwaltungskommission der Partei hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Ereignissen beschäftigt, die sich in Ost-Europa abspielen und mit der Ausdehnung die eventuell der Krieg, den die polnische Regierung auf Befehl des britisch-französischen Imperialismus führt, annehmen kann.

Die Verwaltungskommission hat beschlossen, sich mit der Zentrale der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um mit ihr eine sofortige und kräftige Aktion gegen das Bündern und Unternehmen, das gegen die russische Revolution gerichtet ist und das aufs neue ganz Europa in Brand setzen kann, zu unternehmen.

Außerdem hat die Verwaltungskommission die Veröffentlichung eines Manifestes beschlossen, das unverzüglich in der „Humanité“ erscheinen wird. In der Voraussetzung, daß die beschlossene Aktion beginnt, werden die Sektionen und Föderationen aufgefordert, schon jetzt jede Agitation zu organisieren, damit die öffentliche Meinung auf die verbrecherischen Pläne unserer Regierenden und die Folgen, die daraus entstehen können, hingewiesen wird.

Keinen Mann! Keinen Großen! Keine Augen für das reaktionäre und kapitalistische Polen! Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiter-Internationale!

## Die Aktion der englischen Arbeiter

London, 10. August. (Nexter).  
Der Aktionsausschuss der Arbeiter, der von Lloyd Georges Rede nicht befriedigt ist, hat beschlossen, für Freitag eine nationale Konferenz der Gewerkschaften einzuberufen, um über die von der organisierten Arbeiterschaft zur Bekämpfung eines Gegenkrieges mit Sowjet-Rußland zu befolgende Politik, die nötigenfalls auch die Proklamierung des Generalkreuzes umfassen wird, zu beraten.

## Die Friedensbemühungen der Londoner Delegierten

Amsterdam, 11. August.  
„Times“ meldet, daß zwei Mitglieder der russischen Handelsdelegation eilig nach Moskau abgereist seien, um im Namen von Kamenev und Krassin bei der russischen Regierung darauf zu dringen, daß die englischen Bedingungen in Sachen der polnischen Frage angenommen werden. Sie begeben sich an Bord eines Zerstörers zunächst nach Kopenhagen.

## Frankreichs Friedenssabotage

Paris, 11. August. (Havak).  
Die französische Regierung hat den französischen Handelsattachés in London angewiesen, weder Beziehungen noch Besprechungen mit Kamenev und Krassin, den Vertretern der Sowjetregierung, zu haben.

## Der Sündenbock

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“).  
Paris, 11. August.

Der Rat der nationalen Verteidigung in Warschau erklärt einen großen Aufruf an alle, in dem er alle Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen des Waffenstillstandes der russischen Regierung beimißt und in langen Ausführungen die polnische Politik verteidigt. Der Aufruf beruht weiter von dem gewaltigen Zugriff der Freiwilligen zur Verteidigung des heimatischen Bodens.

## Handelsbeziehungen mit Kanada

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“).  
Paris, 11. August.  
Aus New York wird mitgeteilt, daß der Vertreter Sowjet-Rußlands, Wertens, einen Vertrag mit einem Vertreter einer kanadischen Firma über die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Eisenbahnmaterial abgeschlossen hat. Der Vertrag wurde von der kanadischen Regierung bestätigt.

# Aus dem Spitzelkumpf der Republik

## Die Lügenfabrik der Reaktion

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Magdeburg, 11. August.

Die Aufdeckungen über die hiesige Spitzelzentrale haben in allen Magdeburger Bevölkerungskreisen, und vor allem in der Presse, lebhafteste Erörterungen hervorgerufen. Unser Parteiorgan, die „Magdeburgerische Volkszeitung“, weist darauf hin, daß, wenn die Behörden die Aufhebung dieser Spitzelzentrale gewollt hätte, dies auch schon früher hätte geschehen können. Das aber sei ja gerade der traurige Ruhm der verflochtenen rechtssozialistischen Koalitionsregierung, daß sie dem Spitzelwesen den Boden für seine volkvergiftende Tätigkeit vorbereitete, indem sie wahllos alles Material zusammenzutragen ließ, um ihren glanzreichen Feldzug gegen das sozialistische Proletariat zu führen. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die rechtssozialistischen Minister Heine, Hirsch, Roske es waren, die ihre in dem Parlament gehaltenen Vorträge gegen die USPD auf Spitzelmärchen aufbauten. Auch in Magdeburg ist das Spitzelwesen nicht erst neueren Ursprungs, ganz abgesehen von den Zeiten vor der Novemberrevolution des Jahres 1918. Schon vor mehr als Jahresfrist waren unsere Genossen genötigt, auf das sonderbare Treiben des Detektivbureaus Gerbig u. Eismann, an der Stefansbrücke, aufmerksam zu machen, das 15 „Kocherheure“ suchte, die die Aufgabe hatten, politische Spitzelchen in den rabulischen Arbeiterpartien zu beschaffen. Weiter konnten unsere Genossen feststellen, daß der vor längerer Zeit in der „Volksstimme“ veröffentlichte Artikel „Neue Polizei“, ebenfalls Spitzelmache war.

Wie die Spitzelchen in Magdeburg vor sich gehen, darüber liegen folgende Tatsachen vor: Die Hauptzentrale ist begründet von der ehemaligen antibolschewistischen Liga. Bald nach der Revolution erhielt ein hiesiger Rechtsanwalt den Auftrag, eine sogenannte Nachrichtenstelle, d. h. Spitzelzentrale, einzurichten. Er gab den Auftrag an einen Polizeispitzel, der an der Stefansbrücke ein Detektivbureau betrieb und schon während des Krieges für das Generalkommando Spitzelarbeit geleistet hat. Der Leiter war Paul Eismann. Eismann machte sich aber bald selbständig. Er erhielt einen neuen Chef, der die Verbindung mit der Hauptzentrale in Berlin und den Zentralen in den wichtigsten anderen Städten unterhielt. Dem Herrn — es ist der Rechtsanwalt Schaper, dessen Wirken in der demokratischen Partei sehr merkwürdig ist — war der direkte Verkehr mit der Zeit zu lästig und unangenehm. Darauf übernahm Referendar Funk, ein Sohn des Studienrates Funk vom Domgymnasium, den Geschäftsführerposten. Später übernahm die Leitung der Lehrer Otto Ziesewitz, der den Betrieb im Zusammenarbeiten mit dem demokratischen Rechtsanwalt Schaper bis heute noch weiter führt. Er ist der Redakteur des „Stahlhelm“, der selbst einige Zeit eine Spitzelzentrale eingerichtet hatte und heute aus der gleichen Geldquelle gespeist wird, welche die Spitzel Eismann u. Co. unterhält. Kassierer ist ein Kaufmann Weidemann. Ziesewitz erhält seine Aufträge aus Berlin, und zwar aus dem berühmten Hause Dranienburger Straße 67, in welchem die Deutsche Wirtschaftshilfe und ihre Zweigunternehmungen, wo der Deutsche Auslandsdienst, die Berliner Zentrale der Degeß usw., untergebracht sind. Mit der Orgel besteht ein besonders enges Zusammenarbeiten. Die hervorragendsten Mitarbeiter Eismanns sind:

1. Gefeiter Arno Friedrich, Schönebeck, Rundschalter im Nachrichtenbüro der Reichswehrbrigade in Magdeburg. Friedrich ist Spezialist in Sachen der roten Armee und Verfasser einer großen Anzahl erfundener Berichte. Er ist auch der Verfasser des großen Kaufmannsplanes der roten Armee, der von der reaktionären Presse in schreienden Leitern der Offenlichkeit übergeben wurde und unbedingt echt sein sollte.
2. Merians, Rundschalter der Reichswehrbrigade, ein getreuer Kumpan Friedrichs und Bursche bei Leutnant Fuhrmann. Merians und Friedrich sind seit einigen Tagen unsichtbar. Ihrem Vorgesetzten, dem Hauptmann Nagel, sind sie angeblich gänzlich unbekannt, während der Feldwebel sie sehr gut kennt, denn sie kommen pünktlich zum Besprechungsempfang.
3. Löwenthal, Leutnant der Reserve, ein überaus eifriges Mitglied des „Stahlhelm“. Er gehörte früher zur Militärpolizei und hat hauptsächlich die Kommunisten bespioniert.
4. Feiling, Mitglied der USPD, Spezialist für Nachrichten über Syndikalistik, die er teilweise aus dem „Syndikalist“ abschreibt, sonst aber frei erfindet.
5. Robert Meyer, arbeitet auf allen Gebieten, besonders der Betriebsspionage. Referent für Versammlungsberichte. Auch ein Mitglied der USPD, und der USPD wurde als Spitzel entlarvt.

Die Spitzel übergeben Eismann ihre Berichte. Er zahlte für die kleinen 20 bis 30 M. für größere mehr. Geld stand ihm in jeder gewünschten Höhe zur Verfügung. Aus den beschlagnahmten

Papieren ging hervor, daß Eismann in kurzer Zeit für Spitzelzwecke 175 000 M. ausgegeben hat. Eismann hat gestanden, daß er nicht nur Organisationspläne der Roten Armee für Sachsen und Mitteldeutschland erfinden ließ, sondern auch einen großen Kampfpflan für Chemnitz anfertigte und ihn als Originaldokument der reaktionären Presse übergab. Zwischen den beschlagnahmten Papieren des Eismann sind auch die Urchriften des von der „Magdeburgerischen Zeitung“ veröffentlichten Geheimabkommens von Remel gefunden worden. Die Berichte gingen an die Zentrale in Berlin, an die Nachrichtenstelle der Reichswehrbrigade im Domgymnasium, an die Nachrichtenstelle der Magdeburger Sicherheitspolizei, ferner an verschiedene Offiziere und an eine Anzahl Personen und Firmen, welche Geldmittel für den Spitzeldienst zur Verfügung stellten.

Der Spitzel Eismann ist ein wegen Betrugs, Unterschlagung, Erregung öffentlichen Vergernisses, Zuhälterei und Verleumdung verurteilter Mann. Er hatte ebenso wie Ziesewitz Ausweise von der Magdeburger Reichswehrbrigade, stand mit deren Offizieren in enger Fühlung und konnte zu jeder Tag- und Nachtzeit die militärischen Gebäude betreten. Generalmajor Ribbenitz hat den Verbrecher erst im Juni neue Ausweistarten ausstellen lassen und eigenhändig unterschrieben.

Das in Magdeburg ausgehobene Nest ist nur eine Zweigstelle der „Deutschen Wirtschaftshilfe“ in Berlin, Dranienburger Straße 67. Alle Ablegungsvorläufe, die von dieser Seite unternommen werden, sind wertlos, denn es steht fest, daß die Wirtschaftshilfe, an deren Spitze die früheren Nachrichtenoffiziere Jälich, Major Berndt, Major Hoffmann u. a. stehen, alle Nachrichten farnickt, die ihr vor den Zweigstellen im Reich auszugehen. Die Wirtschaftshilfe hat es auch verstanden, rechtssozialistische Parteimitglieder in ihre Dienste zu stellen. Der Parteisekretär Willy Neßler aus Neuhaldensleben hat beträchtliche Geldmittel von ihr empfangen und ihr dafür Lügenberichte über die U. S. P. D. und K. P. D. übermittelt. Winkerton und Wirtschaftshilfe arbeiten Hand in Hand. Sie stehen im Dienste der Rechtsparteien. Ihre Aufgabe ist es, durch Lügenberichte über die Arbeiterkassen die Pläne der Monarchisten zu verschleiern.

## Die bestochene Presse

Die reaktionäre Presse ist von der Lügenfabrik der Deutschen Wirtschaftshilfe genau unterrichtet. Sie hat trotzdem alle Berichte gebracht, weil sie — wir wollen es offen sagen — sich von den Winkertons politisch bestechen ließ. Ein solcher Bestechungsvertrag sollte auch bei der „Vossischen Zeitung“ unternommen werden. Das geht aus folgendem Brief hervor, den Ziesewitz von Magdeburg aus nach Berlin schickte:

Magdeburg, den 8. 8. 20.

Herrn G. Becker,  
Berlin W. 35.

Nach unserer Ansicht hätte es der Berliner Zentrale der Nachrichtenstelle möglich sein müssen, den Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ vom Freitag, den 8. August 20, Morgenausgabe, „Landeshauptmann Echerich“, zu verhindern. Gerade ein solcher in der Form sachlich gehaltener Artikel schadet uns mehr als Behartheit der sozialistischen Presse.

Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, auf das „Berliner Tageblatt“ Einfluß zu gewinnen, so wäre es doch ein leichtes gewesen, durch ein demokratisches Vereinsmitglied Georg Bernward bis zu einem gewissen Grade einzuwirken.

Da die Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei ohnehin eingeweiht ist, wäre es die besondere Aufgabe Berlins gewesen, dafür zu sorgen, daß die Zentrums- und die gemäßigtere demokratische Presse nicht gegen uns leitartikel.

Hochachtungsvoll  
Ziesewitz.

Die Blätter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen sind denn auch recht still geworden. Sie haben die betrügerischen Nachrichten der Winkertongänger in großen Leitern ihren Lesern vorgelesen. Die Wahrheit verschweigen sie jetzt, weil es Winkerton — lies: Stinnes — so wünscht. Und weil die rechtsstehende Presse käuflich ist, deshalb vermuten die Gauner, daß ihnen dasselbe Mandat auch bei der demokratischen Presse glücken werde. Sie haben sich, wie die „Vossische Zeitung“ nachweist, verrechnet. Die rechtsstehenden Blätter aber stellen sich durch ihr Verhalten auf die gleiche Stufe mit Ziesewitz aus Magdeburg; sie sind wie dieser die Zuhälter des Herrn Stinnes und seiner Trabanten.

## Produktive Erwerbslosen- fürsorge

### Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Der Sozial- und der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates verwies am Mittwoch das neuingegangene Mietsteuergesetz an den gemeinsamen Unterausschuss, nachdem ein Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Pütter auf Ueberweisung an einen besonderen Ausschuss abgelehnt war.

Gobann trat der Ausschuss in die Beratung des Berichtes des Unterausschusses über den Erwerbslosen-Antrag des Reichswirtschaftsministers a. D. R. Wisseil ein, die in zwei Lesungen stattfinden soll.

Abgeordneter Reinath: Die Industrie erzielt bei vermehrtem Personal eine verminderte Leistung. Die übermäßigen Fabrikations- und Handelsgewinne kann man durch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht beseitigen, denn es sind dieselben Mittel, die schon bisher nicht geholt haben, als die Staatsgewalt noch stark war. Die hohen Preise sind ferner auch auf vorläufige Akkumulation, infolge der unsicheren Verhältnisse zurückzuführen. Die Preissteigerung ist zu einem erheblichen Teile durch den Ausfall infolge von Streiks veranlaßt. Der Mietenapparat der Zwangswirtschaft ist eine ungeheure Belastung. Wir können die Spannung zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Warenpreisen nur durch eine Herabdrückung der Löhne und Gehälter beseitigen. Wir müssen unseren Inlandsverbrauch bedeutend einschränken. Bei der Wirksamkeit der Schuhindustrie sollte man durch Beförderung der Ausfuhr einen Druck auf die Inlandspreise ausüben, die Folge war die Abschüttelung und Betriebsstilllegungen. Der Bedner will den Vorschlägen nur zustimmen, wenn sie umgearbeitet werden.

Dem entgegenetzte der Abgeordnete Wisseil: Herr Reinath habe sich kaum an der Beratung des Unterausschusses beteiligt, obwohl er stellvertretendes Mitglied war, sonst hätte er gewünscht, daß die Vorschläge nicht nur den Anschauungen der Arbeitervertreter entsprechen. (Hört! hört!) Das haben auch die berufenen Vertreter des Wirtschaftslebens in Eingaben bestätigt. So schied uns die Handelskammer Brandenburg, daß die ungeheuren Preise für Rohstoffe und Hilfsfabrikate die weitere Produktion ganz unrentabel mache. (Hört! hört!) Die Rohstoffe machen danach jetzt neun Zehntel der gesamten Gestehungskosten aus. Die 162 Streiktage des Herrn Reinath kommen nur dadurch zu

stande, daß alle Streiktage voll gezahlt werden, wenn auch nur eine ganz kleine Arbeitergruppe in einem tausendköpfigen Betriebe streikt. Das ist keine objektive Beweisführung! Wir haben nicht genug Waren, um dem Auslande die eingeführten Lebensmittel zu bezahlen. Wie soll uns da der freie Handel ein genügendes Angebot der zum Leben notwendigen Waren schaffen? Wir müssen unseren Export sogar einschränken, weil wir die Waren, die wir erzeugen, zur Wiedergutmachung an die Entente brauchen. Wir haben es durch das Exportverbot für die Schuhindustrie dahin gebracht, daß wieder Schuhe produziert und gekauft werden können. Ich habe den Arbeitern immer auseinandergesetzt, daß eine Lohnsteigerung ihnen nichts nützt, sondern nur eine Mehrproduktion, weil dann etwas mehr zur Verteilung da ist. Was jetzt vielfach im westlichen Deutschland vorgeht, daß man den Unternehmer unter Drohungen zwingt die vom Gesetz auferlegten Steuerabläufe nicht vorzunehmen, ist geradezu ein Skandal, der unter keinen Umständen gebilligt werden kann. Der Unterausschuss konnte nach den Sachverständigen-Gutachten zu gar keinem anderen Ergebnis kommen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Kommerzienrat Wallerstein: Die Zeit für einen Lohnabstand ist noch nicht gekommen; zum Ausgleich für den Steuerabzug kommen sogar neue Lohnforderungen. Gegen den Vorschlag des Unterausschusses, daß ein Sachverständigen-Ausschuss prüfen soll, ob eine Betriebsstilllegung nicht zu vermeiden sei, läßt sich nichts einwenden.

Abgeordneter Kaufmann-Hamburg (Vertreter der Verbraucher-Schaft) bezeichnet es als eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft, daß die Rotenpresse eingestellt wird, wenn man es nicht zum Staatsbankrott treiben will. Die Löhne könnten so gar noch erhöht werden, ohne uns wettbewerbsunfähig dem Ausland gegenüber zu machen, weil

im Ausland die Löhne höher als bei uns seien. Vor allem müsse die Zwangswirtschaft abgebaut werden. Die Zwangswirtschaft habe mit Sozialismus nichts zu tun. Der Bau von Wohnungen müsse von den Gemeinden vorbereitet werden.

Staatssekretär Dr. Hirsch bestreitet, daß die Aktion für die Wirksamkeit der Schuhindustrie gescheitert sei, die Dinge nähmen jetzt ihren richtigen Verlauf.

Geheimrat Weigert (Vertreter des Reichsarbeitsministeriums): Das Ministerium würde sich freuen, die Vorschläge bei dem Wirtschaftsprogramm beachten zu können. Die Reichsregierung habe beschlossen, das Zweieinhalbfache der ersparten Erwerbslosenunterstützung für Notstandsarbeiten zu verwenden. Die

Kurzarbeiter sollen von jetzt ab noch härter unterstützt werden als bisher. Die Erwerbslosenunterstützung werde, von Ausnahmen abgesehen, über 26 Wochen hinaus ausgedehnt.

Abgeordneter Dr. Koesike (Vertreter der Landwirtschaft) vermischt in dem Bericht des Unterausschusses zwei Ursachen der Preissteigerungen, die mangelnde Ernährung und den Rohstoffmangel. Die Löhne spielten eine umso größere Rolle für die Warenpreise als die Arbeitszeit vergrößert sei. Dies sei ein Fehler gewesen, man hätte damit höchstens vorgehen können, nachdem Wohnungen für neue Arbeiter hergestellt worden wären.

Abgeordneter Tornow (Arbeitervertreter der Industrie) führt aus, daß es nicht nur Meinung des Unterausschusses, sondern ein Ergebnis der Sachverständigen-Feststellungen sei, daß nicht die Löhne, sondern die Rohstoffpreise die hohen Warenpreise verursacht hätten.

In keinem Lande habe die Profitsucht solche Orgien gefeiert wie in Deutschland.

Vom Standpunkt der Arbeitnehmer boten die Vorschläge des Unterausschusses herzlich wenig.

Abgeordneter Dr. Zeilin (Schuhverhand deutscher Schriftsteller) erhebt aus dem Ausschussbericht leider wenig Möglichkeiten für praktische Arbeit.

Abgeordneter Redakteur Feiler weist darauf hin, daß „produktive Erwerbslospfürsorge“ nur ein neues Wort für Notstandsarbeiten sei, daß aber Notstandsarbeiten, wie Kanalbauten, mit unserer Finanzlage nicht vereinbar seien. Das beste Mittel sei die Umstellung der Produktion auf den dringend notwendigen Bedarf, damit nichts Ueberflüssiges produziert werde. Wenn die Industrie nicht selbst dazu kommen könne, solle sie mit dem Mittel der Kohlenzuteilung dazu veranlaßt werden. (Hört! Bisseil: Alo Planwirtschaft! — Heiterkeit.)

Abgeordneter Prof. Dr. Endres-München wendet sich gegen die im Ausschussbericht empfohlene Sozialisierung der Holzwirtschaft.

Abgeordneter Schumacher (Arbeitervertreter des Handwerks) spricht sich im Sinne der Vorschläge des Unterausschusses aus.

Abgeordneter Bankdirektor Dr. Schmach wünscht, daß nicht die allgemeinen wirtschaftsprogrammatistischen Beschlüsse des Unterausschusses, sondern nur die praktischen Vorschläge für die einzelnen Industrien zum Beschluß erhoben würden.

Damit schließt die erste Lesung. Die zweite Lesung findet am Freitag um 1 Uhr statt.

## Ein erster Schritt

### Sozialisierung des Bergbaues in der Tschechoslowakei

Endlich hat sich die tschechoslowakische Regierung zu einem Schritt entschlossen, der schon längst notwendig gewesen wäre. Durch eine Regierungsverordnung vom 15. Juli wird den Bergwerksbesitzern das freie Verfügungsrecht über die Gruben genommen und die Oberhoheit über den gesamten Grubenbesitz der tschechoslowakischen Republik übertragen. Jede Besitzänderung, Betriebseinstellung oder reale Belastung der Betriebe ist an die vorherige Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gebunden. Diese Verordnung entspricht jener vom 9. November 1918 über die Sicherung des Großgrundbesitzes. Man hat sich also rechtlich Zeit gelassen, um den Bergwerksherren ja nicht allzu nahe zu treten, nun ist aber doch endlich der Schritt gewagt worden, der als erste Maßnahme zur Enteignung, resp. Sozialisierung der Gruben anzusehen ist. Da die große Gefahr besteht, daß die Grubenbesitzer durch fingierte Verträge, die auf die Zeit vor dem 15. Juli vordatieren sind, noch schnell reiten, was zu retten ist, ist vorgesehen, daß alle derartigen Verträge vor ihrer Eintragung ins Bergbuch ebenfalls durch das Arbeitsministerium genehmigt werden müssen. Jede Uebertragung des Förderungsrechtes muß durch das Ministerium mit dem Arbeitsministerium gemeldet und erst nach dessen Genehmigung vollzogen werden. Das Gesetz gilt in gleichem Umfange auch für Karpathenrußland und die Slowakei. Man darf füglich behaupten, daß es höchst e Zeit ist, wenn man endlich auf dem Gebiete der Sozialisierung etwas energischer arbeitet als bisher, denn verschiedene Ereignisse der letzten Zeit zeigen deutlich, daß die Unzufriedenheit des Volkes über die Hinauszögerung der Enteignung des Grundbesitzes und der Realisierung der Bodenreform, sowie die völlige Untätigkeit auf dem Gebiete der Sozialisierung der Bergwerke und großen Industriebetriebe immer mehr anwächst und sich bereits da und dort in drohenden Kundgebungen äußert. Statt mit Militär und Bajonetten wird die Regierung schon mit anderen Mitteln die Bevölkerung beruhigen müssen!

## Die steigenden Lebensmittelkosten

Neben den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Kosten des Existenzminimums wissen auch die Statistiken K. Calwer über die Lebensmittelpreise ein dauerndes und scharfes Ansteigen der Kosten des Nahrungsbedarfes nach Calwer berechnet die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfes einer vierköpfigen Familie, indem er als den Verbrauch die dreifache Friedensration eines deutschen Marineoldaten zugrunde legt. Für den Monat Mai 1920 ergibt sich danach aus dem Mittel aller berücksichtigten deutschen Städte die Summe von 224,83 Mark. Gegenüber den Kosten im Januar dieses Jahres sind dies 94 Mark mehr, gegenüber Februar 77 Mark, März 67 Mark und April 85 Mark. Im Vergleiche zum Monat Mai 1919 beträgt die Steigerung sogar 160,98 Mark.

Insgesamt entwickelten sich nach den Calwer'schen Indizes die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Familie wie folgt. Es kostete pro Woche Mark:

Jahresdurchschnitt	1906	1901
1905	22,02	
1912	25,28	
1914	24,70	
1915	26,49	
1916	67,80	
1919	78,70	
1920	224,83	

Im einzelnen sind die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch auf der Grundlage der Calwer'schen Berechnungsmethode in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sehr differenziert. Sie betragen pro Woche im

Durchschnitt der Jahre	Monat Mai	1920
1896	1919	1920
20,76	27,83	74,58
18,86	24,78	83,19
18,03	24,70	70,17
19,83	24,40	71,10
20,13	24,73	85,53
17,43	24,70	77,43
20,97	25,30	68,54
19,74	25,66	68,15

Holzlieferungen gemäß Friedensvertrag. In Paris haben Verhandlungen über die Holzlieferungen auf Grund des Friedensvertrages begonnen. Ein deutsches Angebot über die Lieferung von 1 440 000 Festmeter Rundholz jährlich für einen Zeitraum von vier Jahren wurde von der Gegenseite als unzureichend abgelehnt, desgleichen eine zweite Offerte, welche unter Festhaltung an der Gesamtmenge von viermal 1 440 000 Festmeter Rundholz dahingegen, die auf die ersten sechs Monate entfallenden Raten auf 240 000 Festmeter pro Monat zu erhöhen. Eine Einigung konnte vorläufig nicht erzielt werden.

Keine Unterbrechung des Bahnverkehrs mit Ostpreußen. Wie uns die hiesige Eisenbahndirektion mitteilt, sind die Verhandlungen über eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs mit Ostpreußen völlig unrichtig. Bis hier hat keinerlei Zugausfall stattgefunden.



# Der Gildensozialismus

Von Otto Bauer

Im Verlauf der Wiener Volksbuchhandlung hat Otto Bauer unter dem Titel „Sozialismus“ aber „Sozialdemokratie“ eine eingehende Würdigung des Sozialismus als tatsächliche Weltanschauung als Form der politischen Herrschaft des Proletariats erheben lassen. Bauers Buch erscheint uns als außerordentlich wertvoller Beitrag zur Beurteilung des Sozialismus. Um diese Leser mit der Denkart und Darlegung des Verfassers bekannt zu machen, drucken wir den nachfolgenden Abschnitt über den englischen Gildensozialismus aus dem Buch des Genossen Bauer ab.

1.  
In England der eine Pol der zivilisierten Menschheit, so ist England der andere. In England ist eben erst die feudale Arbeitsverfassung zerfallen, die bürgerliche Eigentumsordnung auf dem Lande hergestellt worden; in England ist die Fronarbeit schon im 14. Jahrhundert durch Geldabgaben ersetzt worden, aber auch die noch halb-feudale copyhold schon im 15. und 16. Jahrhundert durch die rein bürgerliche leasehold verdrängt worden, schon im 17. Jahrhundert waren die letzten Reste und Ueberbleibsel der feudalen Arbeitsverfassung verschwunden. In England ist eben erst der Absolutismus durch zwei gewaltige Revolutionen überwunden worden; England hat nur unter den Tudors, im 16. Jahrhundert, eine kurze Entwicklungsphase des Absolutismus durchlaufen, seit der Revolution des 17. Jahrhunderts hat es die parlamentarische Regierungsform stetig weiter entwickelt und ausgebaut, im 19. Jahrhundert hat sich sein alter oligarchischer Parlamentarismus ohne gewalttätige Revolution, durch eine Reihe friedlicher Reformen in einen demokratischen verwandelt. In England ist der Kapitalismus eine neue, vom Ausland importierte Erscheinung gewesen; der englische Kapitalismus hat sich seit dem 14. Jahrhundert, seit der Entwicklung des kapitalistischen Schafwollhandels und der kapitalistischen Schafzucht festig, organisch entwickelt. England ist heute noch ein Agrarland, in dem die Bauern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden; England ist ein Industrieland, in dem das industrielle Proletariat die Masse der Bevölkerung darstellt, und auch seine Landwirtschaft wird nicht von Bauern, sondern von Kapitalisten und Lohnarbeitern betrieben. England zeigt uns das Bild einer proletarischen Revolution in einem Agrarland, das sich erst jetzt von der feudalen Agrarverfassung und von der absolutistischen Staatsverfassung befreit und in dem ein junges, vom Ausland importiertes Kapital und ein junges, eben erst aus der Bauernschaft herausgelöstes Proletariat inmitten einer tiefen bäuerlichen Umwelt ihren Kampf führen; England zeigt uns das Bild einer proletarischen Bewegung auf dem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung, auf der Basis der bürgerlichen Eigentumsordnung und der bürgerlichen Demokratie, im Kampfe gegen ein Kapital, das seit Jahrhunderten schon alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens seinen Daseinsbedingungen angepaßt hat.

In England stand der Kapitalismus im Gegensatz gegen die Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich von Anfang an unter dem Einfluß des revolutionären Sozialismus, aber auch die Intelligenz, das Kleinbürgertum und die Bauernschaft standen dem Kapital feindlich gegenüber. In England dagegen hat der Kapitalismus nicht nur alle bestehenden Klassen für sich gewonnen; er hat ein halbes Jahrhundert lang selbst das Proletariat geistig beherrscht, selbst die Arbeitermassen sich verzöhrnt. Wohl hat auch das englische Proletariat seine revolutionäre Epoche erlebt; es erlebte sie in der Zeit, in der das Fabrikssystem in England so jung war, wie es heute in Rußland ist, in der Zeit des Chartismus. Aber seit dem Zusammenbruch des Chartismus — von 1848 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts — beherrschte das Kapital nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Seelen der Arbeiter. Die Arbeiterbewegung erschöpfte sich im Ausbau eng beruflich abgegrenzter, durch keine gemeinsame Klassenideologie verbundener Gewerkschaften, im friedlichen Ausbau kollektiver Arbeitsverträge, in der Entwicklung von Hilfskassen und Genossenschaften. Die einzelnen Arbeiterschichten wahrten ihre Sonderinteressen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft; aber die Arbeiterklasse fürmte nicht gegen die kapitalistische Gesellschaft an.

Erst seit dem Burenkrieg erwachte die englische Arbeiterschaft aus der kapitalistischen Hypnose. Seitdem die Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt stiegen, während die straffere Organisation der Unternehmerschaft und der verstärkte Wettbewerb der deutschen und der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt die Durchsetzung von Lohnherabsetzungen erschwerten, sank der Reallohn der englischen Arbeiter. Die wachsende Unzufriedenheit weckte das schlummernde Klassenbewußtsein. Die Unzufriedenheit mit den Erfolgen der Gewerkschaften drängte zur Politit. Die Gründung des Labour Representation Committee (1900), seine Umbildung zu einer selbständigen Partei (1903), der erste große Wahlsieg der Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen von 1906 waren die ersten Anzeichen der Wendung. Sie wurde mit den überwachendsten Hoffnungen begrüßt. „Der wachsende Einfluß der Arbeiterpartei löst den bestehenden Klassen einen Schrecken ein, an dem gemessen der Schrecken des Streiks ausgeht, eine Nacht im industriellen Leben zu sein.“ (Frank Kofe, The coming force. Manchester 1909. Seite 116.)

Die Enttäuschung mußte kommen. In dem Parlament, das der Kampf zwischen Schutzöllnern und Freihändlern beherrschte, konnte die Labour Party nicht mehr sein als ein Anhängsel der großen liberalen Partei. Ihre sozialpolitischen Erfolge konnten, so bedeutend sie an sich auch waren, in einer Periode schnell fortschreitender Teuerung, schnell sinkender Reallohne die Massen nicht befriedigen. Für englischer Reformismus konnte keine Begeisterung wecken. Gerade in dem Augenblick, in dem die herrschenden Klassen einander beglückwünschten, die parlamentarische Arbeiterpartei glückselig abforbirt zu haben, bricht mit dramatischer Wirtung und ergreifender Kraft die Unruhe der Arbeit im ganzen Lande aus.“ (Genderson, The labour unrest. London o. J. Seite 131.)

Die Kampflust der Massen ist erwacht. Eine Welle von Streiks ergreift sich über das Land. Die Streiks konzentrieren und steigern sich zu Riesenkämpfen, wie denen der Eisenbahner, Hafenarbeiter, Bergarbeiter in den Jahren 1911 und 1912. Die Initiative der Bewegung geht von den Führern auf die Massen über; die Massen lehnen sich gegen die Gewerkschaftsleitungen auf, sie lassen Streikbeschlüsse gegen die Gewerkschaftsregeln. Zugleich zeigt sich in den Massen verstärkte intellektuelle Regsamkeit. Hat die Gründung und Entwicklung der Labour Party die englische Arbeiterbewegung zum ersten Male unter die Führung von Sozialisten gestellt, so macht die Enttäuschung über die Labour Party die Massen für die Lehren des französischen Syndikalismus und des amerikanischen Industrial Unionism empfänglich. Sozialismus und Syndikalismus ringen um die Seelen der Arbeiter. In dem Drängen nach der Umbildung der Gewerkschaften, nach der Demokratisierung ihrer Verfassung und nach der Radikalisierung ihrer Kampfmethoden,

## Werbt für die „Freiheit“!

nach der Ueberwindung des „Sektionalismus“ durch die Verbindung der Berufsvereine zu Industrieverbänden und durch die Aufnahme der ungelerten Arbeiter in diese Verbände, in der Verdrängung der älteren Generation der Gewerkschaftsführer durch den jungen, unter starkem Einfluß des deutschen Sozialismus und des französischen Syndikalismus erzeugten Nachwuchs — in alldem offenbart sich die Gärung in den Arbeitermassen. (Macdonald, The labour unrest. London 1913. — Cole, The world of labour. London 1913.)

Die Enttäuschung über die Labour Party hat die Massen auf die gewerkschaftliche Aktion zurückgeworfen. Aber die revolutionäre Massenstimmung füllt die gewerkschaftliche Aktion mit neuem Geist. Die Massen leben im Streik nun nicht mehr bloß den Kampf um die Verbesserung dieses oder jenes Paragraphen in einem kollektiven Arbeitsvertrag, sondern eine Schlacht im Kriege gegen die Kapitalherrschaft selbst. „Das bemerkenswerteste ist“, sagt Hodgbes, der Sekretär der Bergarbeiterföderation, „daß die Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, sich dessen bewußt geworden sind, daß sie und vor ihnen ihre Väter während ihres ganzen Lebens gar keinen Einfluß auf die Leitung der Industrie gehabt haben.“ (Hodgbes, Workers' control in the coal mining industry. London 1913. Seite 2.) Als letztes Ziel der gewerkschaftlichen Aktion erscheint den Massen nicht mehr die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern die „Kontrolle“ der Industrie selbst durch die Gewerkschaften.

In diese Entwicklungsphase fiel der Krieg. Die britische Regierung war gezwungen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die ganze Industrie dem Kriege dienbar zu machen. Die gelerten Arbeiter mußten Frauen und Ungelernte zu Arbeitsstellen zulassen. Die bisher ihnen vorbehaltenen Gewerkschaften mußten auf viele Gewerkschaftsregeln, die die Steigerung der Arbeitsergebnisse hinderten, verzichten. Die Arbeiterkraft in den Kriegsbetrieben mußte ihre Preisfreiheit und ihr Streikrecht preisgeben. Die britische Regierung konnte es nicht wagen, all das den Arbeitern auszuwringen. Sie mußte vor jedem Schritt der Kriegsgesetzgebung mit den Gewerkschaften verhandeln, mit ihnen Kompromisse schließen; das Parlament konnte nur beschließen, was mit den Gewerkschaften vereinbart worden war. Diese Praxis, während des ganzen Krieges täglich geübt, hat das Selbstbewußtsein der Arbeiter gewaltig gestärkt. Andererseits hat der Krieg das Gefüge des englischen Kapitalismus völlig verändert. Der Staat hat die Kontrolle über die Kriegsindustrie, über die Eisenbahnen und den Bergbau übernommen, er hat den Geld- und Warenhandel reglementiert und den Vertrieb von Lebensmitteln und Rohstoffen organisiert; an die Stelle des individualistischen Kapitalismus ist der Staatskapitalismus getreten. Die Tatsache, daß der Staat die Volkswirtschaft beherrscht, weckt in den Arbeitermassen das Bedürfnis, den Staat zu beherrschen; sie führt also die Massen zum Sozialismus. Aber die Erfahrungen der Kriegswirtschaft zeigen zugleich, wie wenig befähigt die staatliche Bürokratie ist, die Volkswirtschaft zu organisieren, und sie erfüllen die Massen mit Haß gegen den allmächtigen,

alle Lebensäußerungen des einzelnen reglementierenden, alle persönliche Freiheit beengenden Staat; so stärken sie die syndikalistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung.

Die „Unruhe der Arbeit“ brach selbst während des Krieges immer wieder hervor. Sobald der Krieg vorüber ist, wird sie mit verstärkter Kraft wirksam. Doch trägt die Bewegung jetzt etwas anderen Charakter als vorm. Die politische Aktion der Labour Party und die von revolutionärer Kampfart erfüllte gewerkschaftliche Aktion erscheinen dem Massenfühler nun keineswegs mehr als Gegensätze. Das Wachstum der Labour Party, die unmittelbare politische Machtwortung der Gewerkschaften, die direkte Aktion der Streiks — all das sind nun bloß verschiedene Seiten derselben Entwicklung. Und die Vereinigung der politischen und der gewerkschaftlichen Aktion findet ihren Ausdruck auch in der Ideologie der Bewegung, die den reformistischen Staatssozialismus der Labour Party mit dem Syndikalismus der revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu höherer Einheit verschmilzt. Die Synthese beider ist der englische „Gildensozialismus“. Aus Idealen des älteren kleinbürgerlichen Sozialismus entstanden, hat der Gildensozialismus im letzten Jahrzehnt eine Entwicklung durchgemacht, die ihn befähigt hat, allmählich zur stärksten geistigen Macht innerhalb der englischen Arbeiterbewegung zu werden.

Der englische Gildensozialismus zeichnet uns als sein Ideal eine sozialistische Gesellschaft. Die Arbeitsmittel sollen Eigentum des Staates werden. Aber der Staat soll sie nicht durch seine Bürokratie verwalten, sondern ihre Verwaltung den Arbeitenden selbst übertragen. Jede Gewerkschaft verwandelt sich in eine „nationale Gilde“, das heißt in eine das ganze Staatsgebiet umfassende Produktgenossenschaft, und diese übernimmt die Verwaltung ihres Industriezweiges. In der inneren Verwaltung ihres Industriezweiges bleibt die nationale Gilde vom Einfluß des Staates frei. Wo aber die einzelne Industrie der Gesellschaft gegenübertritt, dort treten der Staat, lokale Selbstverwaltungskörper oder Konsumgenossenschaften als Sachwalter der Verbraucher gegenüber; ein gemeinsames Komitee aus der Gilde und der zur Vertretung der allgemeinen, der Verbraucherinteressen berufenen Körperschaft zusammengesetzt, entscheidet über die Beschaffenheit und über die Preise der zu erzeugenden Waren. So überläßt der Staat jeden Industriezweig in seinen inneren Angelegenheiten der Selbstverwaltung seiner Arbeiter und in den Angelegenheiten, die die Verbraucher mitberühren, der gemeinsamen Selbstverwaltung der Arbeiter und der Verbraucher. Der Staat selbst aber gleicht die Anteile aller Arbeitenden an gemeinschaftlichen Arbeitsertrag einander an, indem er als Eigentümer der Arbeitsmittel von jeder nationalen Gilde eine Rente einhebt und durch die Abstufung dieser Renten die Unterschiede zwischen den Arbeitseinkommen ausgleicht.

Dieses Ideal wird nun unmittelbar zur bewegenden Kraft. Die Bergarbeiter vor allem teilen, von der ganzen Arbeiterschaft unterstützt, einen grandiosen, das ganze Land aufrüttelnden Feldzug ein, in dem sie die Rationalisierung des Bergbaues und die Organisation seiner Verwaltung durch den Staat und die Bergarbeiter zum gemeinsamen Durchsetzen versuchen. Die Eisenbahner, die Post- und Telegraphenbeamten sehen sich ähnliche Ziele.

Indessen rechnet der Gildensozialismus damit, daß in absehbarer Zeit zunächst nur die Sozialisierung des Bergbaues und der Eisenbahnen durchgeführt werden könne. Die Industrialisierung anderer Industrien glaubt er auf anderem Wege kommen zu sehen. Die Unternehmer, durch die „Unruhe der Arbeit“ immer mehr bedrängt, werden, so meint er, sich schließlich gezwungen sehen, der Arbeiterschaft Teilnahme an der Verwaltung der Industrie anzubieten. Wie der einzelne Kapitalist einen „junior partner“, einen jüngeren Gesellschafter in seine Firma aufnimmt, werde die Unternehmerschaft den Arbeitern eine Art „junior partnership“, eine Art Beteiligung an der Verwaltung der Industrie an zweiter, untergeordneter Stelle einzuräumen bereit sein. Man werde industrielle Selbstverwaltungskörper, „gemischte Komitees“ aus Unternehmern und Arbeitern bilden, um die Arbeiter an der Verwaltung und Verantwortung teilnehmen zu lassen. Aber damit dürfe sich die Arbeiterschaft nicht bescheiden. Sie müsse, auf ihre gewerkschaftlichen Machtmittel gestützt, ihre Kontrolle über die Industrie immer mehr ausdehnen, eine Funktion der Unternehmer nach der andern an sich reißen, bis schließlich dem Unternehmertum keine Funktion in der Industrie mehr übrigbleibt und die Arbeiterschaft zur Verwaltung der Industrie reif geworden ist. Dann werde es möglich sein, die funktionlos gewordenen Kapitalisten aus der Industrie gänzlich auszuschließen. Denn jede Klasse stirbt ab, die keine gesellschaftliche Funktion mehr hat. (Cole, Selfgovernment in industry. London 1920. Seite 85 ff., 97, 281 f.)

Es fehlt dem Gildensozialismus nicht an revolutionärem Geiste; hat er sich doch unter starkem Einfluß des revolutionären Syndikalismus entwickelt. Auch seine Vorführer haben immer wieder hervor, daß die schließliche vollständige Ausschließung der Kapitalisten aus der Industrie wahrscheinlich nur auf revolutionärem Wege möglich sein werde. Aber er setzt die Revolution nicht an den Anfang, sondern an das Ende: erst müsse die Arbeiterschaft durch stetige Ausdehnung ihrer Kontrolle über die Industrie diese Kontrolle praktisch erlernen, die Fähigkeit zur Verwaltung der Industrie erworben haben, ehe sie diese Verwaltung übernehmen könne. (Cole, a. a. O., Seite 93.)

# Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

88] „Du hast mich nicht richtig verstanden, Kolja“, sagt Nikitin, „ja, wir trauern tief über die Leiden der anderen und aufzulegen uns selbst deshalb das schwere Kreuz der Qualen, den unsere Kräfte übersteigenden Kampf des Gewissens, wir verstehen es nicht, bewußt grausam zu sein und dabei von dem Recht unserer Grausamkeit überzeugt zu bleiben...“  
„Kann denn aber ein solches Recht überhaupt existieren? Kann denn überhaupt ein einziger denkender, fühlender Mensch damit einverstanden sein, und nicht gegen diese Barchanale von Grausamkeiten und Gewalttaten protestieren, die augenblicklich verübt werden? Das ist ja eine Art von Atropie jeglichen Gefühles der Menschlichkeit... es ist das Erwachen der dunklen, atavistischen Instinkte in den Menschen. Und, weißt du, wieviel ich darüber auch nachdenken mag, ich kann mich weder mit dem Verstande noch mit dem Herzen dreinfinden, ich kann es eben einfach nicht fassen...“  
„Glaubst du aber, man müsse sich über diese Exzesse, die augenblicklich im russischen Leben herrschen, wundern? Man muß sie bloß aufmerksam, unparteiisch betrachten, um ihre völlige Natürlichkeit zu erkennen. Glaube mir, wir Führer der Revolution, wir grämen uns am meisten über diese Exzesse und über diese fürchterlichen Auehrungen der wahnsinnigen Rache. Wenn man auch die humanitäre Seite der Frage außer Acht läßt, so brauchen wir, um etwas Neues zu schaffen, unbedingte Ruhe. Und all diese Brandstiftungen, Morde und unbändigen Nachsetzungen hindern uns an unserer schöpferischen Arbeit. Alle diese Exzesse, dieser Fanatismus fallen auf diejenigen zurück, von denen sie geschaffen worden sind und noch geschaffen werden. Auf den ersten Blick erscheint es natürlich wie ein Paradox: töten, rauben, lynchen denn jetzt alle diese Bourgeois, Militär, Geistlichkeit jemanden? Und können sie denn ähnliches überhaupt wünschen? Tatsächlich ist es aber so.“

Man muß sich nur das eine überlegen, wer alle die Greuelthaten und Verbrechen verübt? Nicht das russische Volk, nein, nicht das Volk, das ein so großes, feinführendes Gewissen hat,

sondern seine Dunkelheit, seine Unwissenheit, seine Schüchternheit, sein jahrhundertlanges Joch, seine Erboshheit, die durch jene Bergewaltigungen hervorgerufen sind, die Tag für Tag an ihnen verübt wurden. Und wer tat dieses alles? Die gleiche Zaren- und bürgerliche Tyranie, die jetzt die Früchte ihrer jahrhundertlangeren Arbeit in vollem, bitterem Maße ernten muß; vielleicht hat sich die Geschichte nie mit so schonungsloser Grausamkeit an den Regierungen für die verübten Freveltaten gerächt. Man braucht nur umherzublicken. Unter den Greisen der hundert Millionen zählenden Volksmasse treffen Sie Millionen von Menschen, die noch die Zeit der Leibeigenschaft erlebt haben, die sich dessen erinnern, wie sie gefaßt und verkauft wurden, die sich erinnern, wie sie gegen Hunde oder Pferde ausgetauscht wurden, wie die Ehre ihrer Frauen und Mütter geschändet wurde, — und alles dies ist, merken Sie wohl, nicht eine Legende, nicht eine Anekdote, sondern es sind erlebte Tatsachen... Und nun, wo dieser dunkle, unwissende Slave nach so langen Jahren seiner Rechtlosigkeit und dem Druck der ewigen Gewalt sich frei fühlt, ist natürlich der erste Gedanke, der ihm in den Sinn kommt: — Rache, schonungslose, bittere Rache.“  
Meine leichte Bewegung mit der Hand merkend, glaubt er, daß ich etwas erwidern will, und eilt, dem vorzubeugen:  
„Ich weiß, ich weiß, ich habe es auch schon von anderen gehört, du wirst sagen, daß ja ein Teil der Intelligenzen gleichfalls an diesen Gewalttaten und an diesem Fanatismus teilgenommen hat; es war zwar ein sehr kleiner, mikroskopischer Teil, aber es stimmt wohl, ich gebe es zu, es sind auch solche Erbitterte. Als Studenten wurden sie mit Kosaken-weise geschlagen, monate- und jahrelang in Einzelhaft gehalten, in kalten Karzern geprügelt; viele von ihnen kämpften in dem entfernten, verlassenem, sibirischen Taiga gegen ein überwältigendes Elend, gegen Storbud und andere Krankheiten; dort in den rauhen Tundren waren sie Augenzeugen des Todes ihrer liebsten Freunde und Verwandten. Es gibt Menschen darunter, die das unsagbar Schreckliche erlebt haben, zum Tode verurteilt gewesen zu sein. Manchmal hielt man sie hin, mit dem wochenlang über ihnen schwebenden Todesurteil, und weidete sich am Anblick ihrer Qualen, ihrer Todesangst. Nachdem man die Seelen so verwüßelt hatte, fesselte man sie in Ketten und verurteilte sie zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Diese Leute sind es jetzt, die sich rächen. Man wendet ein, daß der gebildete Mensch als

Sieger sich über alle persönlichen Interessen stellen müsse, über jedes Rachegefühl erhaben sein müsse; das stimmt, aber auch er ist ja ein Mensch aus Fleisch, Knochen und Blut! Auch er ist Sklave seiner Leidenschaften, was wollen Sie, es ist ja so verdräulich!“ Er schweigt, und auch ich schweige. Was soll ich auch sagen? Das ist alles wahr, ich weiß es, da ich das russische Leben kenne, aber...“

„Weißt du, worüber ich mich wundere“, fährt er fort, „nicht über diese Exzesse, diese Mord- und Raubthaten, nicht über das von der Kette losgerissene Tier der Rache, nein, ich wundere mich in diesen furchtbaren Augenblicken über die Größe der russischen Seele. Dieses Volk trägt in seiner Brust ein großes, feinfühliges Gewissen, es ist zwar noch ungebildet und grausam, aber ein Gewissen hat es trotzdem! Es genügt, umherzublicken und zu horchen: sie töten nicht alle, sie bringen nicht alle an den Bettelstab, sondern nur diejenigen, die ihr Blut getrunken haben. Diejenigen aber, die ihnen gegenüber bloß das geringste Fünkchen von Menschlichkeit bewiesen haben, die werden geschont, versteckt vor der Bergewaltigung anderer geschützt. Ist das nicht Erhabenheit? Die Menschen vergessen immer eins, daß jeder Krieg immer, bei jedem Volke, eine Periode psychopathischer Epidemie mit sich bringt. Der Krieg summt in den Menschen das moralische Gefühl ab; in einer Ekstase des Wahnsinns werfen die Menschen ihre Arbeit weg und wollen das Leben zerstören, vernichten, das es jeglichen Wert für sie verloteren hat. Und wie war denn der russische Zarenkrieg? Ruhte denn das Volk, wofür es auf dem Schlachtfelde Millionen von Leiden zurückließ? Ruhten denn die Entbehrungen, der Hunger und die Leiden, welche die Familien der Zurückgelassenen erlitten, nicht die Herzen mit bitterem Haß erfüllen? Ruhten die überall herrschenden, schamlosen Barchanalen des Diebstahls das Volk nicht in noch höherem Maße erbittern? Ja, was wollen Sie denn dann? Die Revolution ist ja das Resultat der furchtbaren zaristischen und bürgerlichen Regierung. Im Laufe einer langen Reihe von Jahren wird die Revolution auf ihren noch nicht gefestigten Schultern das schwere Erbe des alten Regimes tragen müssen. Und dabei herrscht im allgemeinen verhältnismäßig ein Mangel an Arbeitskräften, an vorbereiteten, ehrlichen, selbstlosen Menschen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Wozu ist die Polizei notwendig?

Der Verband der Gastwirtsgesellen schreibt uns:  
Am Sonntag, den 8. d. M., wurden in Potsdam vom Verband der Gastwirtsgesellen Flugblätter verteilt. In denselben wurde das Publikum aufgefordert, nur diejenigen Lokale zu besuchen, welche den Tarifvertrag anerkannt haben und deren Inhaber nicht mehr von den Gästen 10 Prozent durch die Kellner erheben lassen. Von dieser Flugblattverteilung hatten fünf in Potsdam beschäftigte Kellner, die sich von diesen 10 Prozent nicht trennen können, sowie einzelne Arbeitgeber einige Tage vorher Wind bekommen. Diese edle Gemeinschaft machte nun an die zuständige Behörde eine Eingabe, die Flugblattverteilung zu lassen. In der Tat waren dann an diesem Tage in Potsdam sämtliche Kriminalbeamten sowie Sicherheitspolizei und die blaue Polizei auf den Beinen.  
Wir fragen Hermit: Ist es zulässig, daß die ganze Staatsgewalt aufgerufen wird, damit die einzelnen Unternehmer das Publikum beschützen können? Wir allerdings stehen auf dem Standpunkt, daß diese Polizeikräfte in der gegenwärtigen Zeit andere Aufgaben zu erfüllen hätten, als sich in legale Kämpfe der Arbeiterorgane hineinmischen. Es ist zu erwarten, daß die vorgelegte Behörde sich nicht einseitig im Interesse des Unternehmertums in Zukunft informieren läßt und ihren untergeordneten Beamten ein nächstes Mal Anweisung gibt, dori ihre Kräfte anzuwenden, wo sie notwendiger sind, nämlich bei Scheinhändlern und sonstigem nicht-echtem Gefindel.

## Im Namen des Fürsten!

Wir erhalten aus Gewerkschaftskreisen folgende Zeilen:  
Fürst Blücher von Wahlstatt besitzt am Pariser Platz 2 ein Grundstück, welches vom „Invalidentag“. Unter den Linden, verwaltet wird. Der Portier dieses Hauses erlaubte sich nun, Bezahlung nach dem für die Wohnhäuser abgeschlossenen Tarifvertrag (allgemeinverbindlich seit 15. 10. 19) zu fordern. Erfolg? Prompte Kündigung, trotz vierjähriger, einwandfreier Tätigkeit. Der Betroffene ruft den Schlichtungsausschuß an und läßt sich in zwei Instanzen befähigen, daß er tarifmäßige Entlohnung zu erhalten habe und die Kündigung unwirksam sei. Nebenher klagt der Invalidentag auf Räumung der Wohnung und dringt vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte mit der Klage durch. Amtsgericht und Invalidentag Arm in Arm zur Entrechtung des Portierberufes.  
Wir suchen nunmehr unser Recht in der Öffentlichkeit und schreiben es heraus, daß wir nicht nur materiell zum Lumpenproletariat gehören, sondern auch von Amtswegen in dieses hineingeworfen werden. Wie allgemein bekannt, ist Arbeitsstelle und Wohnung im Portierberuf untrennbar miteinander verbunden. Wenn nun der Schlichtungsausschuß entschieden hat, daß das Arbeitsverhältnis fortbesteht, weil Gründe zu einer Kündigung nicht vorgelegt haben, sollte man annehmen, das Amtsgericht wird sich diesem Urteil nicht verschließen und die Klage auf Räumung der Dienstwohnung kostenpflichtig abwiesen. Aber weit gefehlt.  
Unsere Herren Richter pfeifen auf diese „hohleweilischen“ Gesetze und Urteile, wie sich einer dieser Herren kürzlich so schön auszudrücken beliebte und sprechen im Namen der Republik — oder sollten wir uns auch hierin irren — „Recht“, indem sie den armen Portier mit zum Teil zahlreicher Familie, kurzweilend auf die Straße setzen. — Wir fragen: Ist es der Wille des Fürsten Blücher u. Wahlstatt in diesem speziellen Falle, daß der Portier seines Hauses, welcher nachweislich seine Funktionen tadellos ausführte, durch den Invalidentag aufs Pfahler geworfen wird, nur weil er die in unserem Beruf übliche, kargliche Entlohnung verlangt?

Wir fordern, daß die Richter bei derartigen Räumungsklagen endlich beweisen, daß wir in einem Rechtsstaate leben und nicht daß Gefühl in uns auflommen lassen, als wären wir Menschen minderer Qualität.

## Achtung, Zimmerer!

Die Lohnbewegung der Zimmerer im Tiefbaugewerbe von Groß-Berlin ist, nachdem die Ortsgruppe Berlin des Tiefbaugewerbes unsere Lohnbedingungen anerkannt hat, beendet. Die Sperzen über die befreiten Firmen sind aufgehoben.  
Am Dienstagvormittag nahmen die Streikenden in ihrer Streikversammlung den Bericht entgegen und nahmen dann die Vereinbarung an, mit dem Beschluß, daß, wenn die Löhne und Zuschläge nicht voll zur Geltung kommen, sie sofort den Kampf wieder aufnehmen. Der rückständige Lohnzuschlag vom 29. Mai ab pro Stunde 80 Pfg. und 10 Pfg. Werkzeuggeld bis zu dem Tage, an dem der Streik begann, ist umgehend von den Arbeitgebern, spätestens bis 31. August abzubezahlen resp. zu fordern; später gestellte Forderungen aus der Lohnbewegung werden nicht mehr berücksichtigt.  
Der Lohn beträgt jetzt ab 1. Juli im Tiefbau 6,80 M. pro Stunde. Differenzen sofort melden.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin u. Umg.

**Achtung! Buchdrucker!** Die Vertrauensleute der Berechnenden Handwerker des Vereins der Berliner Buchdrucker werden gebeten, am Freitag, den 13. August, nach 5 Uhr, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118, zu erscheinen. Die Kommission.

**Achtung, Köpfer!** Am Freitag, den 13. August, abends 7 Uhr, findet im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12, eine Versammlung der oppositionellen Verbandsmitglieder statt. Diese Versammlung soll sich mit dem bevorstehenden Verbandsstag beschäftigen, und wird deshalb eine rege Beteiligung erwartet.

**Freiungsgesellen der Opposition.** Versammlung Donnerstag 8 Uhr im Krumbachs Vereinshaus, Warschauer Straße 61.

**Auto-Reparatur-Betriebe Groß-Berlins.** Die Funktionserkung findet am Freitag, den 13. d. M., abends 6 Uhr, bei Schwarz, Reibelstraße 39, statt.

## Aus der Parteipresse

Die von der USPD. herausgegebene Zeitschrift für Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes „Die Kämpferin“, veröffentlicht heute die Nr. 14 mit folgendem Inhalt: Zusammenfassung der Betriebsräte. — Nieder mit dem Buer. — Vernichtung feindlichen Lebens. — Gegenwart und Zukunft. — Ferien. (Gedicht.) — Die Reichsschulkonferenz. (Schluß.) — Redarbeitsfrauen. (Gedicht.) — Frauenabend in der Heimvolkshochschule Ting. — Bäckerfrau. — Kinderbeilage: Was dich die Pflanze lehren kann. — Die Mondhase. — Im Wollenreich. — Das Kaffebraten. (Gedicht.) — Der Preis der Nummer beträgt 50 Pf. das Vierteljahresabonnement durch die Post ohne Bestellgeld 1,30 M. und Kreuzband 2,40 M.

„Sozialistischer Erzieher“, Heft 24. Inhalt: Sozialistische Erziehungsgedanken. — Zum Fall Eizenstein. — Kritiker und sozialistische Lehrer, schließt die Volksschule (wegen des Dienstverhältnisses). — Ein sozialistisches Schulprogramm. USPD-Programm. — Zur Bedeutung der geistigen Erziehung in der Schule. — Kritik einer Kritik. — Zur Neuwahl des Berliner Magistrats. — Für unsere Überlebenden. — Kollektive Feste und beherrschende Demokratie. — Neue Bücher und Zeitschriften. — Verbändliche Nachrichten. Der „Sozialistische Erzieher“ kämpft für die Durchführung des Sozialismus auf dem Gebiete der Erziehung; er ist die Wochenzeitschrift der sozialistischen Lehrer und Elternkreise. — Bezugspreis 6,50 M. (ohne Postgeld) vierteljährlich. Verlag „Der Sturm“, Berlin W. 9.

# Groß-Berlin

## Die Aufbau-Schieber

Soll weiter geschoben werden?

Wie es scheint, fühlen sich die Hauptschuldigen der Schwindelorganisation „Zweckverband Oberkiefern“ außerordentlich sicher und wohl, denn die Herren May und Oberleutnant Kraß haben bereits wieder ihren Einzug in die Räume gehalten. Zu den Gründern dieser Schwindelgesellschaft gehörten außer den beiden obengenannten Ehrenmännern die Herren Göß (Bruder des Verlagsdirektors von Ullstein), Dr. Paul Kumpel, Assessor Wolter und Meurer. Für einen normal veranlagten Menschen ist es außerordentlich schwer, sich durch den Rattenkönig von Unternehmern, die von den Herrschaften gegründet wurden, durchzufinden.  
Jedenfalls sind die Geschäfte dieser Schiebervereinigung so verworren, daß die Gründer und Leiter wohl selbst Mühe hatten, sich durchzufinden. Wertwärtig erscheint, daß der Zwangsverwalter, Herr Raeder, die Privatkonten des May und Kraß freigibt und sich mit diesen Herren in Verhandlungen einläßt, um die Aufbau-Zentrale in Form einer Aktiengesellschaft neu zu beleben zu lassen, ja sogar seine Mitwirkung dabei zuzulassen.  
Am auffälligsten aber erscheint es, daß May und Kraß, denen die Vergütung von Geldern auf Schritt und Tritt nachzuweisen ist, von der Staatsanwaltschaft unbehelligt bleiben und weiter Auto fahren und Sekt trinken können. Auch die früheren Untersuchungen gegen May und Genossen ruhen unabgeschlossen bei der Polizeibehörde. Es ist dringend erforderlich, daß dem Publikum wegen dieser großen Rücksichtnahme an solchen gewissenlosen Schiebern gegenüber Aufklärung gegeben wird.  
Scheitern wird gesichert, daß hohe und höchste Herrschaften bei einer ordnungsmäßigen Untersuchung sehr kompromittiert werden.  
Der ehemalige „Vorwärts“-Redakteur Zidler hat nach unseren Unterlagen für den Zweckverband in Oberkiefern gegen den „polnischen Imperialismus“ gekämpft, natürlich gegen Bezahlung. Daß er schließlich zu keinem Gelde gekommen ist, kann er wohl seiner recht energisch aufgetretenen Frau verdanken. Gegen den polnischen Imperialismus für Bezahlung aufzutreten, ist auch wesentlich angenehmer, als gegen den deutschen Imperialismus während des Krieges aus Idealismus aufzutreten zu sein.

## Der ahnungslose Wohnungsverband

Zu unserer gestrigen Notiz über die Auslegung der Höchstmietenvorschrift wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Durch Beschluß des Wohnungsverbandes ist die Mietobergrenze von 20 auf 30 Prozent erhöht worden. Auf laufende Verträge findet diese Abänderung nach den Bestimmungen der Höchstmietenvorschrift keine Anwendung. Diese Bestimmung bedeutet, daß für laufende Verträge die Höchstgrenze von 20 Prozent maßgebend bleibt. Bei Verlängerung alter Verträge oder bei Abschluß neuer Verträge kann aber mit Zustimmung des Mietenausschusses bis zu 30 Prozent gesteigert werden. Zweifel an der Auslegung dieser Bestimmung können nicht entstehen und sind bisher auch nicht aufgetaucht.

## Die Reparaturpflicht der Vermieter

In der letzten Zeit häufen sich die Klagen darüber, daß Hausbesitzer ihrer Reparaturpflicht vielfach überhaupt nicht nachkommen, und zwar mit der Begründung, daß sie hierzu nicht verpflichtet seien, nachdem der von dem Wohnungsverband Groß-Berlin ursprünglich beschlossene Reparaturzuschlag von 15 Prozent der Mietmiete nicht ausreicht erhalten worden sei. Auf eine Anfrage hierüber hat der Wohnungsverband Groß-Berlin, wie wir erfahren, folgende Auskunft erteilt:  
Die erwähnte Auffassung einiger Vermieter ist durchaus irrig. Der Vermieter ist zu sämtlichen ihm kraft Gesetzes oder Vertrag obligierenden Instandsetzungen nach wie vor in vollem Umfang verpflichtet. Der Umstand, daß der Vermieter keinen besonderen Reparaturzuschlag erhält, ändert hieran nichts. Glaubte der Vermieter, mit der Miete die Reparaturkosten nicht bestreiten zu können, so bleibt ihm nur übrig, den Weg des § 10 der Höchstmietenvorschrift zu beschreiten und beim Mietenausschuss den Antrag auf Zubilligung entsprechender Zuschläge zur Miete zu stellen. Im Anschluß hieran sei darauf hingewiesen, daß dem Mieter die Möglichkeit zusteht, den mit der Vornahme von Reparaturen läunigen Vermieter zur Abstellung unter Stellung einer Frist aufzufordern und nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist die Reparaturen selbst ausführen zu lassen und dann gemäß § 8 der Höchstmietenvorschrift die aufgewandten Beiträge von dem Mietzins in Abzug zu bringen.

## Wo bleibt der Einmachezucker?

Vor einiger Zeit wurde amtlich bekannt gemacht, daß von der Reichszuckerstelle eine Sonderration von 1/2 Pfund Einmachezucker für den Kopf zur Verfügung gestellt worden sei und außerdem noch ein besonderes Quantum von 1/4 Pfund. Bisher haben unsere Hausfrauen noch nichts davon bekommen. Jetzt werden sie mit folgender Notiz der Reichszuckerstelle vertriebelt:  
„Die Verteilung des ersten Quantums ist im größeren Teile des Reiches bereits durchgeführt worden. In manchen Gegenden hat die Belieferung allerdings Verzögerungen erlitten. Die Anlieferung der Mengen für Groß-Berlin erfolgt durch die Zuckerausgleichsstelle, die ihre Lager in Hamburg, Köln, Riesa und Magdeburg hat. In Riesa wurden Ueberstunden von der Arbeiterklasse verweigert, so daß sich die Verteilung langwierig abwickelte, als ursprünglich vorausgesehen war, doch ist das Verteilungsquantum in jüngerer Zeit gesteigert und die restlose Erledigung der Verteilung in Kürze zu erwarten.“  
Mit dem Sonderquantum aus den Ueberflüssen der Marmeladenfabrikation reist es allerdings weniger günstig aus. Diese Mengen sind bereits im Besitze der Fabriken und müssen aus diesen Betrieben erst wieder herausgeholt werden, um dann durch die Verteilungsstellen den Gemeinden übergeben zu werden; ein Weg, der naturgemäß sehr langwierig ist. Es ist heute bereits damit zu rechnen, daß dieser Zucker seinem ursprünglichen Zweck in diesem Jahre kaum mehr wird zugeführt werden können. (1) Bisher steht nur fest, daß er zur Verteilung vorhanden ist und verfügbar gemacht wird.  
Unsere Leserinnen werden diese Verteilungsnotiz mit sehr gemischten Gefühlen lesen. Aber sie haben sich schon so viele bieten lassen müssen; warum nicht auch noch dieses Verteilungsnotiz gestammelt!

Konstituierung des 4. Kommunalwahlbezirks (Grenzlauder Tor). Am Mittwoch, den 4. d. M., fand die Konstituierung unserer Fraktion des 4. Verwaltungsbezirks statt. Es wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender: Gen. Gehrte, 2. Vorsitzender: Gen. Seale, Schriftführer: Gen. Schenk und Genossin Anna Blaube, Kassierer: Gen. Jachert. Als Vertreter der Groß-Berliner Kommission wurde Gen. Gehrte gewählt.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag dieser Woche ausnahmsweise von 3 1/2—5 1/2 Uhr nachmittags statt, nicht wie sonst üblich von 5—7 Uhr. Sonnabends fällt die juristische Sprechstunde aus.

Die Abwicklungsstellen des ehemaligen deutschen Heeres brauchen nicht nur eine recht lange Zeit zur Erfüllung ihrer Aufgabe — auf Kosten der deutschen Steuerzahler —, sie arbeiten zum Teil auch recht fehlerhaft und bereiten dadurch manchem früheren Heeresangehörigen viel Schrecken, unnütze Zeitvergeudung und Anstoßen. So berichtet eine Zuschrift an uns, daß der Einsender vier Tage verfrachten mußte und 7 Mark Straßenbahnfahrkosten hatte, um seinen berechtigten Anspruch auf Entlassungsbeileidung zur Geltung zu bringen. Steis stellte sich heraus, daß seine Entlassungspapiere nicht in Übereinstimmung waren, was eine Folge davon war, daß die Abwicklungsstellen unkorrekte Eintragungen gemacht hatten. Die Frage des Einsenders, wer ihm die entstandenen Ankosten zu erstatten gedenkt, wird er sich wohl selbst beantworten können. Unsere Behörden machen wohl Fehler, aber für die Folgen lassen sie andere aufkommen.

Die neue Nummer der „Freien Welt“ ist besonders reich ausgestattet. Das Titelbild bringt eine ergreifende Zeichnung aus Amerika, dem Lande des reinen Kapitalismus. Der aktuelle Teil dieser Nummer zeigt Bilder von der Friedensdemonstration am 1. August im Berliner Lustgarten, vom Schleswig-Holsteinischen Bauerntag, vom brandenburgischen Feuerwehrtag und ein hübsches Bild von dem tschechoslowakischen Sportfest in Prag. Aus dem Textteil ist ein Artikel „Heine und der Sozialismus“ besonders erwähnenswert. Zwei illustrierte Artikel, „Kunst und Dichtung unserer Gefangenen“ und „Neue Sorgen der Bourgeoisie“, der Roman „Das Notizbuch“, Winke für die Hausfrau, die humoristische Rubrik „Spaß muß sein“ und Karikaturen ergänzen das vielschichtige Heft. — Preis des Heftes 60 Pf.

Stinkt auf einem märkischen Rittergut. Auf dem Rittergut Schönholz bei Rhinow in der Mark ist es anlässlich eines Streites zwischen polnischen Arbeitern und den beiden Söhnen des Rittergutsbesizers von Thun zu Täuschlichkeiten gekommen, in deren Verlauf der Arbeiter Pach erschossen wurde. Von den polnischen Arbeitern, die auf dem Rittergut Schönholz beschäftigt waren und sich vertraglich verpflichtet hatten, bis zum November auf dem Gute tätig zu sein, wollten mehrere die Arbeit vorzeitig aufgeben und auf einem der benachbarten Güter sich verdingen. Als diese Arbeiter mit einem Fuhrwerk ihres neuen Arbeitgebers vom Gute Schönholz abgeholt wurden, kam es zwischen ihnen und den beiden 22- und 19-jährigen Söhnen des Rittergutsbesizers von Thun, die der Meinung waren, noch ein Recht zur Zurückhaltung der nach ihrer Ansicht vertragsbrüchigen Arbeiter zu haben, zu einer erregten Auseinandersetzung. Der Streit arbeitete schließlich in Tötlichkeiten aus. Der 50-jährige polnische Arbeiter Josef Pach schlug mit einem dielen Knüttel auf den Ärmel der beiden Brüder, den 22-jährigen Landwirt Klaus von Thun ein, worauf dieser aus einem Revolver mehrere Schüsse auf seinen Gegner abgab; eine Kugel traf Pach in die Brust und führte seinen sofortigen Tod herbei. Das Amtsgericht Rathenow hat sofort eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, die erst ergeben muß, inwieweit die Behauptung des Täters, er habe nur in der Notwehr gehandelt, in der Tat zutrifft. Die Leiche des Erschossenen ist inzwischen bereits obduziert und zur Beerdigung freigegeben worden.

Udlerhof. Anmeldungen für die am 19. September stattfindende Jugendweibe nimmt Genosse Theilmann, Wilmersdorfer Straße 31 entgegen.

## Aus den Organisationen

- Berlin-Stadt. Bezirks-Obstele der kommunalen Kommissionen, Sitzung, am Freitag, 13. 8., abends pünktlich 5 Uhr, Schillerstr. 5-6.
- 2. Kommunalausschuss. Altersbeirat aus den 11, 13, 16, 17, und 18. Bezirks, Freitag, den 13. August, abends 7 Uhr, bei Grawert, Panzer. 50, Sitzung. Jeder Bezirk entsendet die drei bzw. gewählten Genossen.
- 3. District. Freitag, 13. 8., bei Grawert, Alxandrinstr. 56, Jugendberatung, die Eltern werden ersucht, die Jugend auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.
- 17. District. 1. Abteilung, Freitag, 7 Uhr, in der Schulstra. 5-7, Arbeitslosenversammlung.
- Charlottenburg, Freitag, 13. August, abends 7 Uhr, Mitgliedsversammlung im Volkshaus, Kohlentrage. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Bericht von der Bezirksgeneralversammlung. 3. Bericht der Schiedskommission.
- Neukölln. Freitag, Fortsetzung der Generalversammlung bei Klumpp, Sassenstraße, Anfang 7 Uhr.
- Regio-Berliner-Verband. Freitag, 7 Uhr, politische Kommission, Kilo- und Gewerkschaftsvereine, Sitzung bei Hagen, Neue Krug-Allee 34.
- Reichsbund der Kilo- und Gewerkschaftsvereine, Sonntag, 7 Uhr, Sitzung im Jugendheim.

## Bereinskalender

- Arbeitervereine. Freitag, 13. August, abends 7 Uhr, bei Grawert, Panzer. 50, Sitzung. Jeder Bezirk entsendet die drei bzw. gewählten Genossen.
- 17. District. 1. Abteilung, Freitag, 7 Uhr, in der Schulstra. 5-7, Arbeitslosenversammlung.
- Charlottenburg, Freitag, 13. August, abends 7 Uhr, Mitgliedsversammlung im Volkshaus, Kohlentrage. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Bericht von der Bezirksgeneralversammlung. 3. Bericht der Schiedskommission.
- Neukölln. Freitag, Fortsetzung der Generalversammlung bei Klumpp, Sassenstraße, Anfang 7 Uhr.
- Regio-Berliner-Verband. Freitag, 7 Uhr, politische Kommission, Kilo- und Gewerkschaftsvereine, Sitzung bei Hagen, Neue Krug-Allee 34.
- Reichsbund der Kilo- und Gewerkschaftsvereine, Sonntag, 7 Uhr, Sitzung im Jugendheim.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kowalewski, Karlsruhe. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei e. G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 52.

